

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresden-Nachrichten  
Telegraphen-Sammelnummer 25241  
Telefon-Nr. 20011.

Bezugs-Gebühr im Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Auflage über durch die Post im täglich zweimaligen Verband monatlich 30.— M. vierstündiglich 10.— M.  
Die Tageszeitung mit breiter Seite 7.— M., außerhalb Sachsen 8.— M. Familien-  
ausgaben, Zeitungen unter Eltern- und Abonnementsmarke, zweimalige Ausgabe und Ver-  
kauf die Seite 5.— M. Vorzugspreise laut Tarif. Ausführliche Anträge gegen  
Verauszahlung. Sonderausgabe 1.— M. Sonderausgabe 2.— M.

Schriftleitung und Hauptredaktion  
Marienstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von F. Pfeiffer & Reichardt in Dresden.  
Postleitz.-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachrichten.“ zulässig. — Unerlaubte Schriften werden nicht aufbewahrt.

**Konditorei Limberg**  
Prager Straße 10

Eis — Eisgetränke

**Kakao Deutschmeister**  
wirklich hervorragende Qualität  
Petzold & Auhorn A.-G., Dresden

**Muster-Ausstellung**  
für sanitäre Einrichtungs-Gegenstände  
**F. Hermann Beeg, Dresden-A., Falkenstraße 26**

Fernsprecher: 1051 und 2044

## Nur eine Anleihe von 1 Milliarde Dollar.

### Ausgabe des Planes einer großen Liquidationsanleihe.

(Eigner Druckbericht der „Dresdner Nachrichten“.)  
Paris, 8. Juni. Der diplomatische Mitarbeiter des Telegraphen meldet über das Ergebnis der heutigen Sitzung des Bankierkomitees: Das Komitee ist nachmittags in derselben Atmosphäre freudigen Schweiges aufgetreten und hat sich alsdann auf morgen nachmittag verabt.

Es verlautet zuverlässig, daß der Plan einer großen Liquidationsanleihe von nun an ausgegeben ist. Es steht nur noch der Plan einer kleinen Anleihe von 1 Milliarde Dollar zur Diskussion. Die Bankiers versuchen, ihre Forderungen mit denen der französischen Regierung in Übereinstimmung zu bringen. Es ist hier eine Grundlage für eine Transaktion vorhanden. Es ist möglich, daß von belgischer wie auch von englischer Seite Koncessions gemacht werden. Trotz dieser Anstrengungen bleibt man pessimistisch in den offiziellen französischen Kreisen in bezug auf den Beamtentausch. Hinsichtlich der Stellungnahme Englands glaubt man in offiziellen englischen Kreisen, daß die Engländer immer noch versuchen, den Franzosen klar zu lehren, daß der Gesamtbetrag ihrer Forderungen an Deutschland überhaupt bleibe, da es sich nur darum handle, die Annuitäten zu verrinern, und zwar aus praktischen Gründen, d. h. Deutschland müsse ein großbausiges Moratorium erhalten.

Dieser Standpunkt werde von französischer Seite bekämpft. Man habe von der Bankierkonferenz nur einen sachlichen Rat zu erbitten und könne infolgedessen keine Unzulänglichkeiten darin sehen, wenn die Bankleute ausmünden, nachdem sie eine Art finanzieller „Zehn Gebote“ aufgestellt hätten. Es wird hier jedenfalls bedauert, daß man an es nicht für nötig befunden hat, mit den offiziellen Stellen Frankreichs engeren Kontakt zu nehmen. Diese Haltung erfordert wahrscheinlich die Haltung Poincarés, den amerikanischen Bankiers die näheren Aktionen in der Reparationsfrage anzusehen zu lassen. Morgan hielt das Studium dieses Materials für unerlässlich und hat durchdringen lassen, daß man den Erfolg der Verhandlungen erschwere, wenn man ihm hierzu nicht das Recht gebe.

### Amerikas Haltung zu den interalliierten Schulden.

(Eigner Druckbericht der „Dresdner Nachrichten“.)  
Paris, 8. Juni. Man ist in französischen offiziellen Kreisen der Meinung, daß Amerika im Augenblick nicht geneigt sei, die Frage der interalliierten Schulden aufzugreifen. Man sieht in Amerika einer Regelung der französischen Schulden prinzipiell nicht obeneint gegenüber, jedoch sollte man, so wird wenigstens in höheren offiziellen Kreisen behauptet, von einer Regelung der englischen Schulden gegenüber Amerika unter Aufrechnung der Reparation nichts wissen. Dies erschwere die Frage ganz außerordentlich, da eine Reihe der englischen Schulden mit den französischen unmittelbar verknüpft seien und an eine Scheidung der Verpflichtungen im Augenblick nicht gedacht werden könne.

Die Enttäuschung über die Haltung Belgien dauert an. Der Brüsseler Berichterstatter des „Temps“ erklärt, daß man in belgischen offiziellen Kreisen der Meinung sei, daß die Reparationskommission und die alliierten Regierungen erst noch in der Lage sein würden, endgültig zu den Empfehlungen der Bankierkonferenz Stellung zu nehmen. Man versteht sich in offiziellen belgischen Kreisen

### Ein neues Verbot der Interalliierten Militärkontrollkommission.

Die „gefährlichen Zivilhilfskräfte“. (Druckbericht unserer Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 8. Juni. Nach Mitteilungen von untermittelter Seite soll die Interalliierte Militärkommission verboten haben, daß im Zivilverwaltungsdienst des Reichs Zivilhilfskräfte verhandelt werden, die felddienstfähig sind. Sie soll die Forderung gestellt haben, daß alle Zivilhilfskräfte, soweit sie nicht kriegsbrauchbar oder stark kriegsbeschädigt sind, sofort zu entlassen sind.

**Französische Gewalturteile gegen deutsche Offiziere.**  
Mainz, 8. Juni. Vor dem Kriegsgericht der Rheinarmee hatten sich hier 17 ehemalige aktive deutsche Offiziere, sämtlich in Wiesbaden wohnhaft, zu verantworten, weil sie als Mitglieder der Ortsgruppe Wiesbaden des früheren Offiziersbundes, entgegen einer Verordnung der Interalliierten Rheinlandskommission, im besetzten deutschen Gebiete einer Organisation angehört haben sollen, die mittelbar oder unmittelbar mit dem deutschen Kriegsministerium oder anderen militärischen Dienststellen in Verbindung steht. Das Gericht verurteilte nach längdiger Verhandlung den Major Georg Jürgen als verantwortlichen Leiter zu 3 Monaten Gefängnis und 5000 M. Geldstrafe, den Oberleutnant Heinrich Graf zu 4 Monaten Gefängnis und 5000 M. Geldstrafe, ferner den Hauptmann Heinrich Otto und den Oberleutnant Heinrich Kumm zu je 1 Monat Gefängnis und 2000 M. Geldstrafe. Die übrigen Angeklagten erhielten je 2000 M. Geldstrafe. (W. T. B.)

nicht die große Gefahr, die darin bestehe, daß man verantwortungslose Sachverständige ermächtige, evtl. eine Reduzierung der deutschen Schulden zu empfehlen.

### Eine Erklärung des amerikanischen Vertreters Bonden

Paris, 8. Juni. Nach einer Meldung des „New York Herald“ hat in der neueren Sitzung der Reparationskommission, in der die Antwort an den internationalen Anleihenausschuss beschlossen wurde, der nichtmilitärische amerikanische Vertreter Bonden sich an der Diskussion beteiligt, indem er eine kurze Erklärung des Inhalts abgab, daß das amerikanische Publikum es ungern sehe würde, wenn der Anleihenausschuss bei der Untersuchung der Reparationsfrage, wie er sie für nötig hält, in irgendeiner Weise behindert würde. Diese Erklärung scheint auf alle Kommissionmitglieder Eindruck gemacht zu haben. (W. T. B.)

### Frankreich patriotisch, aber nicht geschäftsklug.

London, 8. Juni. Der Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt: Zum ersten Male sei in der Reparationskommission in einer wirklich wichtigen Frage ein Mehrheitsbeschluß gefasst worden. Die Stellung Belgiens sei äußerst heikel gewesen. Man hoffe, daß die Bankiers in einem Kompromiß kommen und daß die Gesamtkündigung Deutschlands nicht angefochten werde. Dagegen solle die Bezahlung während eines Zeitraumes von 20 Jahren bisgestellt werden. Wenn dieses Mittel angewandt werde, so sei es wahrscheinlich, daß Frankreich seine weiteren Einwendungen machen werde.

Der Pariser Berichterstatter der „Morning Post“ schreibt: Der gegen die französischen angemessene Beschuß der Reparationskommission habe in Paris Reaktionen, sogar Bestürzung hervorgerufen. Dieser Beschuß bilde einen weiteren Schritt auf dem Wege zur Überzeugung der französischen Forderungen.

„Daily Chronicle“ läßt in einem Leitartikel schwere Kritik an der Haltung der französischen Regierung gegenüber dem Bankierausschuß. Es sei unverständlich, daß Frankothen einen unerfüllbaren Paragraphen in den Reparationen fest vorzögeln. Die Haltung der Franzosen sei vielleicht patriotisch, aber jedensfalls nicht geschäftsklug. Wenn das so weiter geht, könne die deutsche Seite nicht verwirkt werden, und Deutschland werde nicht in der Lage sein, die Verpflichtung, den Notenumlauf einzurichten, zu erfüllen. (W. T. B.)

### Der eingehlossene englisch-französische Pakt.

London, 8. Juni. Wie das neutrale Bureau erläutert, ist von britischer Seite seinerseits Initiative zur Wiederholung der Verhandlungen wegen Abschlusses eines englisch-französischen Paktes ergriffen worden. Es sei schon als ausgemacht angenommen worden, daß der Abschluß des Paktes möglicherweise einer Regelung verschiedener mit Frankreich noch unregelmäßiger Fragen folgen müsse. (W. T. B.)

### Poincaré über Sanktionen und Sanktionen.

Paris, 8. Juni. Im Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten sprach Poincaré die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen beizustellen die internationale Anleihe fortsetzen würden. Bis zur Möglichkeit der Zahlung in Gold müsse Frankreich sich an Sanktionen gewöhnen. Über die Sanktionen erklärte der Ministerpräsident: In welcher Art man auch Sanktionen in Anwendung bringe oder nicht anwenden wolle, alle Maßnahmen seien ja getroffen worden, um Sanktionen verschiedener Art an dem Tage ergreifen zu können, an dem die Reparationskommission eine Verschärfung Deutschlands feststelle.

### Der Hindenburg-Besuch in Königsberg eine politische Veranstaltung!

Teilnahmeverbot für Reichswehrangehörige. — Uniformverbot für ehemalige Offiziere.  
Königsberg, 8. Juni. Am Anfang an einer Reihe durch das Kampfgebiet im Süden von Österreich, die unter hoher Anteilnahme der Bevölkerung verlaufen ist, hält sich Generalstabschef v. Hindenburg am kommenden Sonnabend und Sonntag in Königsberg auf. Bei dieser Gelegenheit sind von Vereinen und Verbänden eine Reihe von Veranstaltungen geplant. Das Wehrkreiskommando Königsberg gibt aus diesem Anlaß bekannt, daß nach Erteilung des Reichswehrministeriums vom 7. Juni alle Veranstaltungen zu Ehren Hindenburgs am 10. und 11. Juni in Königsberg von den ausländischen Büros der Reichs- und preußischen Staatsbehörden als politisch im Sinne des Reichsvertrages erklär werden. Sämtliche Büros der Reichswehr wird die Teilnahme an diesen Veranstaltungen daher verboten. Ehemalige Angehörige der bewaffneten Armeen dürfen zu den Veranstaltungen nicht in Uniform erscheinen.

Ein befriedigendes Resultat, wie die sogenannte deutsche Volksregierung Deutschlands erfreut beeindrucken darf.  
Die Übergabe Oberschlesiens.  
Paris, 8. Juni. „Petit Journal“ glaubt mitteilen zu können: Wegen den 11. Juni würde der Interalliierten Kommission in Oberschlesien mitgeteilt werden, daß die Verwaltung der Abstimmungsgebiete an Deutschland und Polen übergeben werden soll. Infolgedessen werde binnen Monatsfrist, vom 11. Juni ab, die Zurückziehung der verbündeten Truppen aus Oberschlesien vorgenommen werden.

### Der Anschlag auf Scheidemann.

Es ist, als ob das deutsche Volk auch innerpolitisch nicht zur Ruhe kommen sollte. Doch gehen die Wellen der Erregung und Entrüstung über den Anschlag gegen den katholischen Oberbürgermeister, den irgendwie in verbrecherischer Kuriosität besagter Hölzoy, ein Arschmutter vielleicht, ein von persönlicher Rache suchter Angestellter verübt — wer weiß was alles bis zur Stunde? — begangen hat. Und wenn sich diese Erregung nur gegen die Tat und den Täter richtete, so würde sich jeder mit Recht darüber freuen, daß im deutschen Volke so viel Achtung vor der Unantastbarkeit des Menschenlebens, so viel sittliche Tugend steht, die einen Alt feiger Bosheit mit einstimmiger Empörung ablebt und brandmarkt. Denn das ist das Attentat auf Scheidemann nun einmal gewesen, ein feiger, abscheulicher Bosse, die in der Kriminalgeschichte so leicht nicht ihresgleichen findet. An einer Wegblübung tritt der Attentäter von hinten an den ohnmächtigen Spaziergänger heran und spricht ihm, als er sich umdreht, lässiges Gift ins Gesicht, um dann in langen Sätzen davonzutürzen. Kann man sich einen heimtückischeren Mordversuch denken? Wohl kaum. Eine solche Tat, gleichviel von wem und an wem sie begangen wurde, muß auf das härteste verurteilt werden. Denn jede Verhöhnung und Entschuldigung würde nur zu weiterer Bewirrung und Verwirrung unserer Bevölkerung beitragen und würde letzten Endes der Auflösung aller Sicherheit und aller Güte Vorschub leisten. Aber je schwindelerregender man unter diesen Gesichtspunkten die Tat verurteilt, desto bestimmter darf auch verlangt werden, daß sie nicht ohne allen Anlaß und ohne alle Anhaltspunkte von interessierten Kreisen zu einem politischen Mordversuch umgewandzt und zu einem politischen Mordversuch gestempelt wird. Solange keine eindeutigen Feststellungen Unterlagen für die Behauptung des politischen Attentats erbracht haben, solange überhaupt nicht einmal die Person des Täters, geschweige denn seine Motive einwandfrei festgestellt sind, ist das Verbrechen, die Tat zuungunsten eines Volksstells und einer bestimmten Partei auf das politische Gebiet hinüberzutragen, ebenso feige und verächtlich, wie der Anschlag selbst. Die Gissippe, die sich bei Wilhelmshöhe gegen einen einzelnen richtete, wird hier in übertragenem Sinne durch die heiderliche Gewissenlosigkeit unsradikaler Agitatoren gegen Volkskreise gefehlt, die eines anderen politischen Glaubens, aber mit denselben Ruhe und Ahnungslosigkeit wie der Oberbürgermeister Scheidemann auf dem Wege nach Wilhelmshöhe, ihre Straße dahinziehen. Unerwartet an einer Wegblübung werden sie auf einmal von einer klärenden, drohenden Meute angesprungen und mit der überraschenden Täuschung bekannt gemacht, daß sie schuld seien an der Unrat irgendwelches Verirrten, daß sie diese Tat von langer Hand vorbereitet hätten, daß einer der Ihren sie ausgeführt, und daß das ganze Verbrechen um so schwerer ins Gewicht siele, weil es sich gegen die Republik richtete. In dieser und ähnlicher Tonart füllen Hunderte von sozialistischen Blättern und Blättchen augenblicklich ihre Spalten.

Wäre die gesamte Situation und der Kern, der in diesen Verhältnissen steht, nicht zu ernst, man müßte laut aufschreien. Die Leute, denen das Wohl ihres Landes am Herzen liegt, für die Vaterlandsliebe und treues Festhalten an historischem Erkennen trog aller Ansbelungen noch immer kein leerer Schall geworden sind, sollen dem Attentäter von Wilhelmshöhe gewissermaßen die Gissippe in die Hand gedrückt haben? Gerade diejenigen, deren Schönheit nach einem streng disziplinierten Staatsweisen geht, in dem Ordnung und Sicherheit herrschen, sollen der Erreichung dieses Ziels selbst Abbruch getan haben, indem sie zu einer Tat anstehen, die Unruhe und Erregung mit sich bringen müsse. Eine solche Einschätzung ist so widerständlich und so überstöcklich, daß sie selbst der schlichte Mann aus dem Volke bei einiger Überlegung nicht mitmachen wird. Und warum sollen gerade die deutsch und deutschnational empfindenden Bevölkerungskreise und ihre Parteien das Attentat auf dem Kämpfen haben? Weil sie antirepublikanisch gesinnt sind und angeblich die Republik fürzten wollen? Und wenn diese törichte Unterscheidung von staatsräuberischen Abstechen der Deutschenationalen zu Recht bestünde, so denn Scheidemann die Republik? Steht er nicht seit langem abseits der großen Politik, ohne alle Aussicht, dahn in absehbarer Zeit zurückzuführen? Weißt er vor einem solchen Staatsstreich im November 1918 zu fordern; er war einmal Ranzler und sprach am 12. Mai 1919 vor jener berüchtigten Hand, die verdorben müsse, wenn sie das Machwerk von Versailles unterschreibe. Aber das sind doch alles keine Ausfälle, die einen leichtlich beobachten Menschen dazu treiben könnten, gegen diesen Mann, nachdem er in der Bedeutungslosigkeit der breiten Menge untergetaucht ist, die Gissippe zu zücken in der Hoffnung, daß damit der Sturz der Republik gefördert würde. Wenn Scheidemann das unglückliche Opfer des frevelhaften Anschlages geworden wäre, dann würde sich durch dieses Geschehen auch nicht

ein Lüttelchen am Bestande der Republik geändert haben. Wie man also die Tat mit der Erschöpfung der republikanischen Staatsform verknüpfen kann, ist einfach unerfindlich, und es beweist nur, wie erbölligbedürftig der Kasseler Oberbürgermeister begreiflicherweise durch die Aufregung des Unfalls geworden ist, wenn er selbst der Kasseler Bevölkerung vom Balkon des Rathauses aus die Wut vom Attentat auf die Republik verkündet. Das ist eine vollständig falsche Einschätzung der Bedeutung, die Scheidemanns Verblüfftheit im gegenwärtigen Zeitpunkte genießt. Und wenn nun trotz allem und wirklich im Hirn steht, der die Tat vollbracht, welche an Politik anklagende Gedanken als Antrieb untergeordnet hätten, wenn dieser Kopf in grenzenloser Verwirrung zwischen Scheidemanns Leben und dem Bestand der Republik einen Zusammenhang sich zurechtkonstruiert hätte, dann wäre das an Hand der obigen Gesichtspunkte nur ein Zeichen dafür, daß der Täter reis fürs Attentat ist. Denn keinem politisch denkenden normalen Menschen ohne Rückgriff auf die Parteizugehörigkeit kann man eine solche Ungereimtheit, eine solche Inkonsistenz der Erwähnungen zutrauen. Das weiß auch die gesamte sozialistische Presse nur zu genau.

Wenn sie aber zugleich mit derlei Verwirrenheiten der Öffentlichkeit imponieren zu können glaubt, dann gibt sie nur ein Proben von ihrer unter allen Niveau stehenden Einschätzung der geistigen Beweglichkeit der Massen. Sie meint, nach ihrer alten Methode auch diesmal verfahren zu können, die jedes Verbrechen an einem Sozialisten lebhaftig dem politischen Gegner an die Nase drückt. Ob das im einzelnen falle logisch, ob das möglich, ob das überzeugend ist, bleibt ihr ganz gleichgültig. Jemandem ist ermordet worden, dieser jemand war Sozialist; also ist der Täter ein Rechtsradikaler. In ihres Herzens Rätselkästen werden auch die edelsten Anhänger des Marxismus den Umsatz einer solchen Beweisführung durchschauen. Aber sie sollten dabei auch achten, worauf es ihnen führen in Wirklichkeit ankommt. Es kommt ihnen nicht darauf an, ob Scheidemann das Opfer eines Attentats geworden ist, nicht darauf, wer der Täter ist — sie könnten sich sonst lediglich mit dessen Person beschäftigen und zu seiner Ergrteilung befragten — sondern darauf, Anwälte und das ins Deutsche Volk zu tragen, vermarktbare Kunden aufzutreiben und das absterbende Klassenkampfprinzip mit neuem Lebensblut zu beträufeln. Deswegen fallen sie über so bedauerliche Ereignisse, wie der Anschlag auf Scheidemann, mit einer förmlichen Andrang her und machen diesen Kubenstreit zu einer Haupt- und Staatsaktion, die ihnen dazu dient, die ganze Verwohnheit der Rechtsparteien, der ganzen bürgerlichen Volkshälfte im Zeitungsklimm abzurullen und sie selbst als Unschuldslämmer zu glorifizieren. Die Rechtspresse ist es natürlich, die heißt, die die Republik sabotiert, die die Arbeiter verdrücken will, wie sie es immer getan hat. Aber nun denkt man einmal daran zurück, als der greise Feldmarschall Hindenburg von einem Attentäter bedroht worden war, hand sich damals in einem einzigen bürgerlichen Blatte ein solches Gefäß, ein soldner Morak von Schmutz, von Verdächtigungen gegen die Sozialisten aller Schattierungen, wie er sich jetzt bei nahe jährlich in jeder sozialistischen Zeitung gegen das Bürgerum richtet? Kein Gedanke daran. Man sieht also, woher der Hebe im sozialistischen Lager jeden Zwischenfall mit Freuden begrüßt, der ihnen Gelegenheit gibt, über ihre politischen Gegner mit indianischem Geheul herzufallen. Und die Emphase, mit der sie das tun, kann nichts anderes sein und ist letzten Endes nichts anderes, als der Ausbruch der Wut darüber, daß sie und ihre Parteien in den allmählich weniger revolutionär gewordenen Zeiten an Zulauermittel verloren haben und weiter verlieren werden, wenn sie nicht durch gewalttige Aufweitung und durch Vergebung des Bürgertums mit allen Mitteln wieder so etwas wie revolutionäre Stimmung zu machen in der Lage sind. Das ist der ganze Kern der grob aufgebauten Scheidemanns in der Vinkspreche. Eigentlich ist er einfach genug, daß jeder Arbeiter ihn durchschauen und sich mit Verachtung von diesem Treiben abwenden müßte.

## Geheimrat Böcher über „Deutschland in der Weltwirtschaft“.

Tie bedrohliche Einfluß englischer Kohle.

Ebersfeld, 8. Juni. In der Altländerversammlung des Eisen- und Stahlwarenindustriebundes sprach Geheimrat Rat Bücker vom Reichsverband der deutschen Industrie über „Deutschland in der Weltwirtschaft“. Er fuhrte dabei u. a. aus: Im Gegenzug zu den finanziellen Nachstellungen Amerikas könnten nur die großen Rohstoffabnehmer, wie Russland, ein Gegenewicht herstellen. Der Bericht von Bücker könnte im Augenblick für Deutschland eine Erleichterung bieten. Die Welt müsse erkennen, daß Deutschland die besten Kenntnisse über Russland und auch den besten Platz habe, es aus seiner Notlage zu befreien. Die internationale Auseinanderseite könne nur dann einen Erfolg haben, wenn die Räume Europas genutzt würden, die Übermacht der Tschechen anzuerkennen. Bei einer Festigung des Marktes steige die Krise bis zum Angerken. So könnte lediglich eine Auseinanderseite unsere Wirtschaft nicht erhalten, sondern weit mehr kosten und vernichten, als es den Gegnern einbringe. Es werde von uns wesentlich abhängen, wie sich die Dinge gestalten.

Geheimrat Böcher als Vertreter des Reichskommissars für Kohlenverteilung führte u. a. aus, es seien im Mai bereits 700 Tonnen englische Kohle eingeführt worden. Diese Mengen seien spiegelnd mit einer Lieferkunde im Bergbau einzubringen. Er sei auf dem Wege nach Essen, um hierüber mit den Bergarbeitern zu verhandeln. Wenn unter den fehlenden Umständen die Bergarbeiter noch nicht bellständig geworden seien, dann sei ihnen selbst, aber auch der deutschen Wirtschaft nicht zu helfen. — Am Schluß der Tagung wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Der Eisen- und Stahlwarenindustriebund, der die gesamte deutsche Eisen- und Stahlwaren-, sowie Werkzeug-Industrie umfaßt, lehnt jede Ausfuhrabgabe ab und verzerrt ihre sofortige Aufhebung. Die Ausfuhrabgabe gleicht einem Ausfuhrzoll. Sie hemmt die Ausfuhr, an deren Debung Regierung und alle Verantwortliche des deutschen Volkes im Interesse der Gesundung unseres Wirtschaftslebens das gleiche Interesse haben.

## Verhandlungen mit der Landwirtschaft über die Umlage.

Brotverbilligung für Minderbemittelte. —

Aufgabe der Umlage?

Berlin, 8. Juni. Die seit längerer Zeit zwischen dem Reichsnährungsministerium und den landwirtschaftlichen Organisationen über die Frage der Getreideumlage schwedenden Verhandlungen wurden gestern im Ernährungsministerium fortgesetzt. In der gestrigen Sitzung beriet man über den Beschluss des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft vom 15. Mai, in dem die Landwirtschaft die Gewalt übernimmt, daß sie die zur Sicherung der Brotverorgung erforderlichen Getreidemengen zur Verfügung stellt, wenn die Reichsregierung eine Erklärung abgibt, daß sie bereit ist, eine Verbilligung des Brotpreises für die wirtschaftlich Schwachen durch die Gesamtheit der wirtschaftlich Fertigungsfähigen herbeizuführen. In den gestrigen Beratungen wurden noch keine Beschlüsse gefaßt. Heute vormittag begannen im Ernährungsministerium erneut Verhandlungen, an denen ein größerer Kreis von Organisationstrettern teilnahm. Zur Debatte standen Vorschläge, die darauf hinausliefen, einen Weg aufzufinden, um gegebenenfalls ohne daß Umlageverzehr aufzukommen. Diese Vorschläge wurden zum ersten Male anlässlich des Besuchs des Reichsnährungsministers in München näher erörtert. Im allgemeinen ist die Frage der Getreideumlage im Augenblick noch ungelöst.

## Der zweite Tag im Erzberger-Mordprozeß.

(Signer Drahtbericht der „Dresden Nachrichten“)

Offenburg, 8. Juni. Der zweite Sitzungstag im Erzberger-Mordprozeß begann mit der ausführlichen gutachterlichen Neuerung des Gerichtschefs Dr. Popp aus Frankfurt a. M., der vor allem das am Tatorte aufgefundenen Blut untersucht hatte.

Dann begann die Vernehmung einer ganzen Reihe von Zeugen, die sich am 28. August 1921 im Gebiet des Kreises aufgehalten haben. Gendarmerieinspektor Jung aus Ludwigshafen kam mit seinem Sohn am 28. August nach Oppau und wohnte im Hotel. Abends sah er mit zwei jungen Herren beim Abendessen. Es war das Gerüst verbreitet, das Reichspräsident Ebert ermordet worden sei. Am anderen Tage wurde erklärt, daß es sich um ein fahrlässiges Vergehen handle. Als Jung morgens zum Frühstück die Brötchen brachte, erzählte ihm das Personal, daß die beiden jungen Herren, wie sie es jeden Tag gesehen hätten, auch heute schon sehr früh weggegangen wären. Jung unternahm dann den von ihm geplanten Auszug über den Kreisweg nach Breidenbach. Es war um 12 Uhr, als er das Gasthaus „Zillen“ verließ, wo er zu Mittag gezechen hatte. Er ging nicht die Straße entlang, sondern bog nach etwa 400 Meter hinter dem Gasthaus auf einen Waldweg. Dort begegneten ihm die beiden jungen Herren wieder. Sie sagten, sie seien von Maisach hereingekommen. Es wurde dann an Hand der Schwarzwaldkarten, die Jung bei sich hatte, der kürzeste Weg nach Oppau besprochen. Die beiden jungen Leute erklärten, ihre Herren seien vorüber, sie wollten aber noch an den Boden gehen. Der Zeuge hatte im Gasthaus „Zillen“ schon gehört, daß Erzberger ermordet worden sei. Die Nachricht war dortin telefonisch gegeben worden. Er glaubte sie aber nicht, weil sich das Gerüst von der Ermordung Eberts auch als unmöglich herausgestellt hatte, und sprach deshalb mit den beiden jungen Leuten nicht darüber.

Weitere Zeugen aus Oppau erzählten dann, daß gegen die vierte Nachmittagsstunde zwei junge Leute durch den Ort gekommen seien die aufgeregt und verstört waren und sich häufig umsehen, als fühlten sie sich verfolgt. — Gestern 12 Uhr mittags trat die Witzelsgruppe ein.

In der Nachmittagsstunde hielt der Vorsteher dem Angeklagten vor, daß in seiner Wohnung ungewöhnliche Geschosse derselben Art, mit denselben Bissen und Zeichen gefunden wurden, wie sie bei der Ermordung Erzbergers verwendet worden waren. Landgerichtsrat Essler aus Offenburg gab einen Bericht über die von ihm geführte Botenuntersuchung. Es wurden sodann einige

Zeugen vernommen, die die Täter schon in Griesbach gesehen haben wollen. Man hörte dann noch eine Reihe von Zeugen, um die Frage zu klären, wo die beiden, Schulz und Tilleßen, sich im August aufgehalten haben.

Sehr interessante Befunde wurden noch dann der Kriminaloberkommissar Schumacher aus Karlsruhe über das Ergebnis der Nachsuchungen über den Aufenthaltsort des Erzbergers-Mörder in Budapest. Es wird festgestellt, daß die beiden einige Wochen im November und Dezember 1921 in Budapest weilten und in exklusiven Hotels unter falschen Namen wohnten. Beide besaßen Waffen, darunter einen 9-Millimeter-Rевольвер und tauschten sich schläger. Es wurde festgestellt, daß ihre Befreiung durch die Budapester Polizei vereitelt wurde, weil diese sich an die alten Fälle hielt und die Befreitenden daher nicht weiter beobachtete.

Am Freitag findet ein Vokaltermin am Tatort statt. Vorher sammeln sich der ganze Gerichtshof und alle Geschworenen.

### Sanitätsrat Pillinger geschlossen.

München, 8. Juni. Wie die „Münchner Post“ erfährt, hat sich Sanitätsrat Dr. Pillinger seiner Aburteilung durch das Reichsgericht wegen der Leistung einer geheimen Organisation durch die Flucht entzogen.

### Strafantrag gegen die nationalsozialistische Arbeiterpartei in München.

München, 8. Juni. Nach einer Meldung des „Vorwärts“ hat der demokratische Reichsbund Bauerns gegen die nationalsozialistische Arbeiterpartei, die neuerdings zur Vernichtung der Reichsflagge und zur Störung des Reichspräsidentenbesuches aufgerufen, Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft wegen Bedrohung eines Beamten zur Verhinderung seiner Amtstätigkeit gestellt.

### Auf der Suche nach dem Kasseler Attentäter.

Kassel, 8. Juni. Auf der Suche nach dem Attentäter auf Scheidemann hat in Kassel eine förmliche Jagd nach allen Trägern von Hornbrillen begonnen, da der Gesuch einer Hornbrille getragen haben soll. Ein junger Mann, der sich heute in einer Wirtschaft durch Redenarien über das Attentat öffentlich bemerkbar gemacht hatte, wurde in Haft genommen und auch in Haft behalten. Die Beschreibung des Attentäters soll auf ihn passen. Die Staatsanwaltschaft lehnt vorläufig jede Mitteilung ab. Soviel man hört, handelt es sich um einen Angehörigen einer linksstehenden Partei.

## Ein Gulachien des Reichswirtschaftsrats zur Zwangsanleihe.

(Signer Drahtbericht der „Dresden Nachrichten“)

Berlin, 8. Juni. Der Gesetzentwurf über die Zwangsanleihe ist, wie wir bereits vor einigen Tagen den Reichstag angegangen. Nunmehr liegt auch eine Zusammenstellung des Finanzpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates über den Gesetzentwurf vor. Der Finanzpolitische Ausschuss schlägt eine Reihe von Änderungen an der Regierungsvorlage vor. Abgesehen von einigen Änderungen, die mehr redaktioneller Art sind, betrifft ein Vorschlag die Staffelung der Reichsanleihe. Während die Regierungsvorlage mit 2 Prozent von den ersten 200 000 M. des Vermögens beginnt und dann durchsetzt um je weitere 2 Prozent von den nächsten 250 000 M., schlägt der Finanzpolitische Ausschuss folgende Staffelung vor: Von den ersten 100 000 M. 1 Prozent, von den nächsten 150 000 M. 2 Prozent, von den nächsten 250 000 M. 4 Prozent und dann für die nächsten weiteren 250 000 M. je weitere 2 Prozent bis, wie die Regierungsvorlage, zu 10 Prozent im Höchstbetrag. Von Bedeutung ist ferner der Vorschlag des Finanzpolitischen Ausschusses, der sich auf die vorgesehene Freigrenze für die Zwangsanleihe bezieht. Während die Regierungsvorlage feststellt, daß die Freigrenze sich von 100 000 M. bei natürlichen Personen, deren Vermögen hauptsächlich das Vermögen im Sinne des § 9 des Vermögensneuerungsgesetzes und deren Einkommen vorwiegend aus Erringenissen aus diesem Vermögen besteht, auf 1 Million Mark erhöht, wenn das neuverplätzliche Einkommen 30 000 M. nicht übersteigt, schlägt der Ausschuss vor, die Freigrenze von 100 000 M. auf 300 000 M. zu erhöhen, und sie auf 1 Million zu erhöhen, wenn das neuverplätzliche Einkommen 50 000 M. nicht übersteigt. Diese lebhafte Vergünstigung soll nur für Personen gelten, die entweder über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig sind, oder dauernd behindert sind, ihren Lebensunterhalt durch eigenen Erwerb zu bestreiten. Ferner ist erwähnenswert, daß während die Regierungsvorlage zur Tilgung der Anleihe ½ Prozent vom Nennwert des ursprünglichen Betrages der Anleihe vorläufig der Ausschuss vorschlägt, zur Tilgung der Anleihe jährlich 1 Prozent zu verwenden. Ferner schlägt der Ausschuss in Abänderung der Regierungsvorlage vor, für den Fall, daß der Bezeichnungsvorschlag für die Vorzeichnung als vorläufiges Vermögen mindestens den vorigen Betrag des Rotopervermögens angenommen hat, daß eine Abgabe nur dann erhoben werden soll, wenn das endgültige Vermögen mehr als das Rechtfache (Regierungsvorlage mehr als das Dreifache) des Rotopervermögens beträgt, mit der Einschränkung, daß der Bezeichnungsvorschlag sein Vermögen auf nicht mehr als das Sechsfache des Rotopervermögens annehmen könnte. Für diesen Fall soll die Abgabe 20 Prozent betragen. Bei mehr als dem Sechsfachen soll sie 40 Prozent betragen, bei mehr als dem Achtfachen 50 Prozent, bei mehr als dem Neunfachen 60 Prozent und bei mehr als dem Zehnfachen 70 Prozent des Unterschiedes zwischen dem vorausgesetzten und dem endgültig zu zeichnenden Anfangsvermögen betragen.

### Das Präsidium der braunschweigischen Landesversammlung.

Braunschweig, 7. Juni. Zu der heute nachmittag abgehaltenen Sitzung der Landesversammlung wurde die Wahl des Präsidiums vollzogen. Zum Präsidenten wurde gewählt der Abg. Ganz (U. S. P. D.), zum ersten Vizepräsidenten der Abg. Weigel (D. P. D.) und zum zweiten Vizepräsidenten der Abg. Schell (S. P. D.) und zum dritten Vizepräsidenten der Abg. Dr. Müller (Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft). Dann wurde die Gesetzesvorlage über die Lehrerbefreiung nach längerer Beratung angenommen. (W. T. B.)

### Frankreich als Urheber der spanischen Valutazuschläge.

Paris, 8. Juni. Der „Temps“ verbreitet sich jetzt über die Gründe, die zu dem spanischen, im wesentlichen gegen Deutschland sich richtenden plötzlichen Valutazuschlags geführt haben. Aus den Ausführungen des „Temps“ ergibt sich, daß es im wesentlichen Frankreich gewesen ist, das Spanien zu dieser gegen Deutschland gerichteten Maßnahme veranlaßt hat. Der „Temps“ schreibt nämlich, daß diese weise Maßregel Frankreich einen Teil der Gefahren der deutschen Konkurrenz dem spanischen Markt erspare. Die von Spanien im Laufe der lauenen Verhandlungen gemachten Konzessionen würden jetzt mit einem Male immer interessanter und es sei wahrscheinlich, daß die französische Regierung, diesem neuen Faktor Rechnung tragend, sich noch konzilianter zeigen werde. Frankreich hätte von Spanien diese Maßregel nicht offiziell verlangt, obwohl die französischen Delegierten oft im Laufe der Verhandlungen mit den Spaniern das Bedauern darüber ausgedrückt hätten, daß sie solange Diskussionen führen müssten, um diese oder jene Erhöhung zu erhalten, von der französischen Konkurrenz einen noch höheren Gewinn haben würde.

W. T. B. erfährt aus durchaus zuverlässiger Quelle, daß die spanische Regierung beabsichtigt, die wieder eingeführten Valutazuschläge auf diejenigen deutschen Waren noch nicht anzuwenden, die nachweislich vor dem 20. Mai verkauft oder seit in Auftrag gegeben worden seien. Darausbezügliche Besuche deutscher Firmen müssen mit entsprechenden Beweisaufgaben an die in Deutschland bestehenden Konsulnate des betreffenden Bezirks, in dem die deutschen Firmen ihren Wohnsitz haben, eingerichtet werden.

### Fortschreibung der französisch-spanischen Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 8. Juni. Entsprechend dem vorgestern gesuchten Beschlüsse des Ministerrates ist gestern Ministerialdirektor Terrus, der Unterhändler Frankreichs in den Wirtschaftsverhandlungen mit Spanien, wieder nach Madrid abgereist. Die französische Regierung schreibt „Journal Industriel“ hierzu, siehe auf Grund der letzten Depeschen des Vorsitzers in Madrid auf eine nahe bevorstehende Einigung über die noch schwedenden Fragen zu hoffen.

### Der Anschluß als Rettung.

Österreichs unerschütterliches Vertrauen in Deutschland. Wien, 8. Juni. Die „Neue Freie Presse“ veröffentlicht unter dem Eindruck der Valutakatastrophe einen Artikel: „Der Anschluß als Rettung“ in dem es u. a. heißt: Wenn Österreich mit seinen ewigen Kreditbüchern wiederum verschlossene Türen findet und wenn man ihm, nachdem man es zugrunde gebracht hat, den Vorwurf macht, daß es keine so vorteilhafte Anlage bietet, wie ein gefundenes Unternehmen, wenn man die Hölle weiterhin mit Absicht überholt, dann muß der Eindruck mit Notwendigkeit vorhalten, daß die Macht innerlich im Klaren darüber ist, daß Österreich als selbständiges Gebilde nicht aufrecht erhalten werden kann und daß der Friede von St. Germain genau so unbrauchbar und unhalbar geworden ist, wie der Friede von Sèvres, der heute schon augenblicken der Türken eine Revision erfahren hat. Man kann ein Volk nicht so tief entwürdigen, daß man es finanziell dem Bolschewismus versetzen läßt, ohne daß man die stärksten Kräfte des Widerstandes wachruft, den primitivsten und ursprünglichen Willen zum Leben, der mächtiger ist als Lebendbindungen.

Man darf sich nicht wundern, wenn wir dorthin unsere Blicke richten, wo unsere nationale Heimat ist. Es mag Deutschland schlecht genug ergehen und das doch mag schmerzlich auf seinen Schultern lasten, aber eins kann Deutschland niemals verlieren: Es wird immer genug Kredit erhalten, um Nahrungsmittel und Rohstoffe einzuholen, und seine Staatskörper und seine Organisation werden immer die Fähigkeit haben, ein gewisses Vertrauen einzulösen. Das deutsche Geld ist sämigmal besser als das unfrische, und das deutsche Selbstvertrauen, das deutsche Mut und die deutschen Fähigkeiten werden ebensoviel auf seinen Schultern lasten, aber eins kann Deutschland niemals verlieren: Es wird immer genug Kredit erhalten, um Nahrungsmittel und Rohstoffe einzuholen, und seine Staatskörper und seine Organisation werden immer die Fähigkeit haben, ein gewisses Vertrauen einzulösen. Das deutsche Geld ist sämigmal besser als das unfrische, und das deutsche Selbstvertrauen, das deutsche Mut und die deutschen Fähigkeiten werden ebensoviel auf seinen Schultern lasten, aber eins kann Deutschland niemals verlieren: Es wird immer genug Kredit erhalten, um Nahrungsmittel und Rohstoffe einzuholen, und seine Staatskörper und seine Organisation werden immer die Fähigkeit haben, ein gewisses Vertrauen einzulösen. Das deutsche Geld ist sämigmal besser als das unfrische, und das deutsche Selbstvertrauen, das deutsche Mut und die deutschen Fähigkeiten werden ebensoviel auf seinen Schultern lasten, aber eins kann Deutschland niemals verlieren: Es wird immer genug Kredit erhalten, um Nahrungsmittel und Rohstoffe einzuholen, und seine Staatskörper und seine Organisation werden immer die Fähigkeit haben, ein gewisses Vertrauen einzulösen. Das deutsche Geld ist sämigmal besser als das unfrische, und das deutsche Selbstvertrauen, das deutsche Mut und die deutschen Fähigkeiten werden ebensoviel auf seinen Schultern lasten, aber eins kann Deutschland niemals verlieren: Es wird immer genug Kredit erhalten, um Nahrungsmittel und Rohstoffe einzuholen, und seine Staatskörper und seine Organisation werden immer die Fähigkeit haben, ein gewisses Vertrauen einzulösen. Das deutsche Geld ist sämigmal besser als das unfrische, und das deutsche Selbstvertrauen, das deutsche Mut und die deutschen Fähigkeiten werden ebensoviel auf seinen Schultern lasten, aber eins kann Deutschland niemals verlieren: Es wird immer genug Kredit erhalten, um Nahrungsmittel und Rohstoffe einzuholen, und seine Staatskörper und seine Organisation werden immer die Fähigkeit haben, ein gewisses Vertrauen einzulösen. Das deutsche Geld ist sämigmal besser als das unfrische, und das deutsche Selbstvertrauen, das deutsche Mut und die deutschen Fähigkeiten werden ebensoviel auf seinen Schultern lasten, aber eins kann Deutschland niemals verlieren: Es wird immer genug Kredit erhalten, um Nahrungsmittel und Rohstoffe einzuholen, und seine Staatskörper und seine Organisation werden immer die Fähigkeit haben, ein gewisses Vertrauen einzulösen. Das deutsche Geld ist sämigmal besser als das unfrische, und das deutsche Selbstvertrauen, das deutsche Mut und die deutschen Fähigkeiten werden ebensoviel auf seinen Schultern lasten, aber eins kann Deutschland niemals verlieren: Es wird immer genug Kredit erhalten, um Nahrungsmittel und Rohstoffe einzuholen, und seine Staatskörper und seine Organisation werden immer die Fähigkeit haben, ein gewisses Vertrauen einzulösen. Das deutsche Geld ist sämigmal besser als das unfrische, und das deutsche Selbstvertrauen, das deutsche Mut und die deutschen Fähigkeiten werden ebensoviel auf seinen Schultern lasten, aber eins kann Deutschland niemals verlieren: Es wird immer genug Kredit erhalten, um Nahrungsmittel und Rohstoffe einzuholen, und seine Staatskörper und seine Organisation werden immer die Fähigkeit haben, ein gewisses Vertrauen einzulösen. Das deutsche Geld ist sämigmal besser als das unfrische, und das deutsche Selbstvertrauen, das deutsche Mut und die deutschen Fähigkeiten werden ebensoviel auf seinen Schultern lasten, aber eins kann Deutschland niemals verlieren: Es wird immer genug Kredit erhalten, um Nahrungsmittel und Roh

## Reichstagsabg. Dr. Reichert über Finanz- und Friedensvertragspolitik.

Hinzu- und Friedensvertragspolitik war das Thema, das der jüdische Reichstagsabgeordnete Dr. Reichert am Mittwoch vor einer großen Zuhörerschaft im Deutschen Nationalen Volksverein zu Greifswald behandelt hat. zunächst erinnerte der Redner an die Friedenszeit, in der Deutschland nur für seinen eigenen Finanzbedarf zu sorgen hatte. Dann wies er die Unzulänglichkeit der gegen Dr. Helfferich so oft von den Regierungsparteien erhobenen Vorwürfe wegen der Finanzierung der Kriegskosten nach und zeigte, daß die auf die freiwillige Leistung der Kriegsfinsanzpolitik die Bevölkerung in der Bezeichnung von Kriegsanleihen mit insgesamt 90 Milliarden Mark zu viel großerer Opferwilligkeit angesprochen hat, als es tatsächlich eingesetzte Steuern es jemals vermögen hätten. Ferner seien die inländischen Kriegsanleihen für den Reichstagskonsul bei weitem nicht so beliebt, wie Anteile im hochvolutaristischen Ausland. Die amerikanischen Anteile bedeuteten für die volatilisierenden Länder einen viel größeren Druck, als für und die von der Goldentwertung stark mitgenommenen Kriegsanleihen. Für den einzelnen Besitzer sei allerdings die fast vollständige Entwertung unserer Kriegsanleihen ein durchbarer Schaden. Für die besonders schwer betroffenen Kreise, wie z. B. der Kleinrentner, habe die Deutschnationale Volkspartei eine Milliardenunterstützung verlangt. Auch die Vermögensverluste bei anderem Bestand, z. B. bei Staat- und Industriepapieren, beim Haushalt usw., infolge der Goldentwertung, der Zwangswirtschaft usw., seien schreckend.

Alle diese erwähnten Verluste seien von Dr. Rathenau nicht berücksichtigt, wenn er fürzlich im Reichstage eine Vereinbarung vorausgesetzt, wonach uns allein die Ausführung des Friedensvertrages über 100 Milliarden Goldmark gestoppt hat. Auch Oberleutnant ist dabei nicht mitgerechnet. Wegen dieser Unvollständigkeiten der Rathenau'schen Regelung hat Dr. Reichert im Reichstage beantragt, die Regierung solle in einer Denkschrift nachweisen, wie groß alle Verluste am deutschen Volksvermögen seit Friedensvertrages mit Aussicht auf Erfolg erzielt, muß unverlässige Nachweise über unsere so hark geschwächte Leistung- und Zahlungsfähigkeit vorlegen kann. Dr. Reichert fordigt die Verluste aus deutschen Goldvorräten, das früher auf 900 bis 150 Milliarden Goldmark berechnet worden ist, auf die Hälfte dieses Betrages. Für jedermann ist es klar, daß nach solch schweren Abreißungen der deutsche Wirtschaftskörper nicht auch noch all die hohen feindlichen Ränderungen ertragen kann. Selbst eine vollständige Befreiung von allen Kriegskosten würde für uns noch kein Beneidewertes Dasein schaffen. Denn die Leistungen in Industrie und Landwirtschaft bleiben noch 30 bis 40 Prozent hinter der Friedensproduktion zurück. Wollen wir daher vom Auslande unabhängig werden, muß nicht nur das Hilfswerk der Landwirtschaft durchgeführt, sondern auch der Achtunderttag zeitgemäß geändert werden. Dann erst haben wir wohl die Möglichkeit, der Teuerung Einhalt zu gebieten, wenn wir unseren Lebensbedarf vollständig selbst decken. Die vielen Vorwürfe, die eine Schicht der Bevölkerung der anderen wegen des Buchers macht, sind irreversibel. Nicht der eine oder andere unserer Kriegsangehörigen ist schuld, sondern die Hauptursachen der Teuerung liegen in den schweren Kriegstributaten, in der passiven Handelsbilanz, der ausländischen Markspeculation und der Inflation unseres Geldumlaufs. Daraus ist die Entwertung unserer Mark auf 1 bis 2 Pfennig zurückzuführen.

Damit trägt die Regierung eine schwere Verantwortung für das ganze Volk, daß sie eine solche zu niedrige Friedensvertragssumme der Feinde mindestens. Zu verurteilen sind insbesondere die von Dr. Rathenau im Bleßbadener Abkommen zugesagten Mehrleistungen und die letzten Verhandlungen des Finanzministers Dr. Meiss. Im Januar 1922 hatte endlich die Regierung die alle deutschnationale Auslösung sich zu eigen gemacht, es sei unmöglich, mit der Politik der Erfüllung fortzufahren. Dennoch hat sich die Regierung bereit erklärt, 1922 etwa 200 bis 250 Milliarden Mark zu zahlen. Diese Mittel lassen sich nur durch eine Verwertung der bisherigen Steuerlast aufbringen. Mit 15 neuen Steuergesetzen und mit der gefährlichen Zwangsanstaltszulassung zusammen wollte die Regierung erst bis zur Verabsiedlung der bisherigen Steuerlast geben. Nun ist es aber offenbar geworden, daß die den Feinden gegebenen Zusagen die Konfiszierung des deutschen Privatbesitzes viel weiter treiben, als die Regierung den Reichstag ihnen läßt. Insolgedessen hat sich neuerdings auch die Deutsche Volkspartei, die dem Kabinett Wirth viel zu viel Vertrauen geschenkt hat, mit dem Deutschen Nationalen wieder zu gemeinsamem Handeln zusammengefunden. Hoffentlich werde die Rückgratpartei der höchst bedeutsamen Zwangsausübung gegenüber die von allen bürgerlichen Kreisen erwartete abnehmende Stellung einnnehmen. Auch die geplante außerordentliche Kasse könne uns nicht helfen, sondern unsere Kosten nur erhöhen und unter Belohnen in die Länge ziehen. Selbstsicherheit sei für uns viel wichtiger als neue internationale Verpflichtungen. Die Revision des Versailler Ver-

trages darf nicht aufgehalten, sondern muß beschleunigt beendet werden. In dieser Richtung bewege sich zum Teil der neue deutsch-russische Vertrag, der sowohl das wohl größere Vorteile verspreche, als Nachteile und Mängel enthalte, die allerdings unverkennbar seien. Trotzdem verbriebe die internationale, von marxistischem Geist geprägte Regierung Dr. Wirth-Rathenau kein Vertrauen. Nur eine rein bürgerliche Regierung mit einer alten bürgerlichen Partei umfassenden Koalition könne Wandel schaffen.

## Vorträge und Sächsisches.

### Tragt Euch in die Listen zum Volksbegehren ein!

Zu dem vom Gesamtministerium angelassenen Volksbegehren auf Auflösung des Landtages liegen gegenwärtig bis mit 19. Juni — auch Sonntags — die Eintragungslisten aus. Berechtigt, sich in diese Listen einzutragen, sind alle im Besitz des Stimmrechts bei den Landtagswahlen befindlichen Reichsdeutschen, die über 20 Jahre alt sind und zurzeit in Dresden wohnen. Die Verfassung des Freistaates Sachsen schreibt vor, daß das Volksbegehren von mindestens einem Zehntel aller Stimmberechtigten der letzten Landtagswahl eingebraucht werden muss, wenn es wirksam sein soll, um einen Volksentscheid über die Auflösung des Landtages herbeizuführen. Bei der Landtagswahl in Sachsen waren im Jahre 1920 etwa 300000 Stimmberechtigte vorhanden. Es ist also erforderlich, daß sich mehr als 300000 Stimmberechtigte in die Eintragungslisten eintragen. Für die Stadt Dresden liegen die Listen in den Stadtbezirksinspektionen (Wohlfahrtspolizei-Inspektionen), für die Stadtteile Leubnitz-Neuostra, Torna, Prohlis, Kleinschönwitz, Altiguna, Seidnitz, Reick, Coschütz und Bühlau in den zuständigen Wohlfahrtspolizeiamtsbezirken und für den Stadtteil Laubegast in Laubegast, Hauptstraße 37, während der vom Rat wiederholt bekanntgemachten Geschäftszzeit aus.

Es empfiehlt sich, die Eintragung nicht bis auf die letzten Tage zu verschieben, da zu erwarten steht, daß dann ein ärgerlicher Andrang erfolgt. Personen, die sich vorübergehend in Dresden aufzuhalten, ihren Wohnsitz aber an einem anderen Ort innerhalb Sachsen haben und behindert sind, sich dort in die Liste einzutragen, können sie an die Gemeinde ihres Wohnortes wenden und um Ausstellung eines Stimmzettelns ersuchen. Mit diesem Stimmzettel haben sie sich an die für ihre jeweils Wohnung zuständige Wohlfahrtspolizei-Inspektion zur Eintragung in die Listen zu begeben.

### Der Entwurf zum Haushaltplan der Stadtgemeinde

und der städtischen Stiftungen und Anstalten auf das Jahr 1922 wurde in der letzten Gesamtratssitzung mit 877 240 804 Mark Einnahme und 870 382 085 Mark Ausgabe im Stadthaushalt, mit 5 877 800 Mark Einnahme und 5 870 598 Mark Ausgabe bei der Grundrente- und Hypothekenanstalt und 1 400 371 Mark Einnahme und 8 301 997 Mark Ausgabe bei den Stiftungen, die in dem die Einnahme überschreitenden Betrage in den Stadthaushalt als Gutsbus eingestellt ist, genehmigt.

Der Stadthaushaltplan umfaßt in diesem Jahre erstmals auch den Bedarf für das Volkschlafwesen infolge Aufhebung der bisherigen Schulgemeinde. Dagegen sind darin die Einnahmen und Ausgaben der finanziell selbständigen Betriebe (Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Straßenbahn, Schlach- und Viehmarkt), für die die Aufstellung der Haushaltspläne durch die für sie eingesetzten Verwaltungsräte erfolgt, nicht inbegriffen. Diese Einnahmen und Ausgaben belaufen sich auf 290 071 181 bzw. 299 014 286 Mark bei den Gaswerken, 109 606 620 bzw. 99 594 482 Mark bei den Elektrizitätswerken, 97 475 722 bzw. 37 475 422 Mark bei den Wasserwerken, 241 877 000 bzw. 286 252 000 Mark bei der Straßenbahn, 13 020 512 bzw. 18 045 587 Mark bei dem Vieh- und Schlachthof, insgesamt 661 563 088 bzw. 675 581 727 Mark.

In dem Stadthaushalte sind nur die Überschüsse der Gaswerke mit 21 050 898 Mark und der Elektrizitätswerke mit 10 012 138 Mark enthalten.

Für den im Stadthaushaltplan sich ergebenden Jahresüberschuß von 193 131 221 Mark reduziert man auf Deckung in Höhe von 110 Millionen Mark aus der zu erwartenden Erhöhung des Anteils der Stadtgemeinde aus dem Ertrag der Reichsfinanzen- und Körperschaftsteuer, welter in Höhe von 20 Millionen Mark aus dem Wegfall der Auseinandersetzung des Reichsvertrags der Reichsteuern auf die Erfüllung des Besoldungsmautbundes durch das Reich auf Grund der Beschlüsse der Ministerkonferenz in Würzburg und endlich in Höhe von 24 Millionen Mark durch zu erwartende unmittelbare Mehreinnahmen der Stadtfasse, aus Erhöhung der Pflegeskosten bei den Kranken- und Pflegeanstalten (24 Millionen) und des Schulgeldes an den höheren Unterrichtsanstalten (5 Millionen). Über die Deckung des hier noch noch ungedeckten Überschusses von rund 30 Millionen Mark hat man sich die Entscheidung vor-

### Kongress für Krüppelfürsorge.

Der 7. Kongress der Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge legte seine Beratungen am Donnerstag nachmittag mit dem Vortrage Prof. Dr. Biehler vor über das preußische Krüppelfürsorgegesetz. Der Redner bezeichnete das Gesetz als einen großen Fortschritt; es bringt bahnbrechendes für die ganze Welt, insbesondere es den Krüppel dem Erwerbsleben wieder zurückgibt. Von hoher Bedeutung sei die Auflösung der Deftigkeit über das Krüppelpatrum. Wenn die Eltern entsprechend belehrt würden, werde sich die Verkrüppelung der Kleinkinder auf die Hälfte zurückführen lassen. Mindestens 10 % des Volkes verbreite sich über die gesetzliche Krüppelfürsorge in Sachsen. Am 30. Oktober 1918 ist das sämtliche Wohlfahrtsplegegesetz erlassen worden. Es war entstanden, als amtliche Erhebungen erwiesen hatten, daß Sachsen unter den deutschen Staaten ungewöhnlich ungünstig stand, was die Zahl der Krüppel betrifft. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte es hier nur Verordnungen über die Krüppelfürsorge gegeben. Das Gesetz unterscheidet sich von dem preußischen, insbesondere es die Krüppelfürsorge nicht als speziellen Zweig der Wohlfahrtsplege herausgreift, sondern sie im Rahmen der Wohlfahrtsplege behandelt. Es dürfte dies ein Vortrag des sächsischen Weises sein, den man nicht ausgenommen einer Nachahmung der preußischen Regelung preisgeben sollte.

Landesrat Goede, Berlin, erörterte die Frage der Kosten der Krüppelfürsorge vom preußischen Standpunkt aus. Er ging dabei auf die vorhandenen neuerlichen Grundlagen, die frühere Regelung von 1881 und die neue durch das Krüppelfürsorgegesetz. Das Charakteristische an der preußischen Krüppelfürsorgegesetzgebung ist, daß die Organe der Fürstentore die sog. Landesarmenverbände sind. Aber es ist unsicher, ob diese überhaupt häufig zur Durchführung des Gesetzes sind; der Staat hat die Frage sehr wenigstens erreicht, daß in den preußischen Haushalt Mittel für die Krüppelfürsorge eingebracht worden sind (seine 20 Millionen), aber diese sind vorläufig noch ganz unzureichend. Keinesfalls sind die Landesarmenverbände finanziell ausreichend kräftig zur Erfüllung dieser Aufgabe. Eine Gruppe von Vortragenden behandelte das Thema der Weise der gesetzlichen Krüppelfürsorge.

Die Mitwirkung des praktischen Arztes schilderte Taxis-Döring, Berlin; Kassel; Dr. Löschmann, Gelsenkirchen ließ sich über Fürsorge und Fürsorgerinnen vernichten; Pastor Ahrend, Hannover, sprach von der freiwilligen Weitläufigkeit im Dienst der Krüppelfürsorge. Nachdem das reiche Programm der Nachmittagsausstellung abgewickelt war, bestätigten die Teilnehmer an dem Kongress noch die Ausstellung "Rathaus", die von der konzertierenden Vereinigung mit dem deutschen Hygiene-Museum zusammen in den angrenzenden Räumen des Ausstellungspalastes veranstaltet, in den nächsten Tagen auch dem breiten Publikum ein lehrreiches Bild von der englischen Krankheit, ihren Gefahren und den Möglichkeiten ihrer Abwehr geben wird.

### Weibe eines Schülerinnenheims.

Kürzlich fand in Seelighädt bei Arnsdorf die Weihe des Schülerinnen-Erholungsheims des Staatslichen Lehrerinnen-Seminars und der höheren Mädchen- und Oberstufe Dresden-Johannstadt statt. In erstaunlich kurzer Zeit ist es dem Verein "Schülerinnenheim" und den Freunden und Förderern obiger Anstalten gelungen, den segenreichen Plan zu verwirklichen. Das hochgedachte Seelighäder Bauernhüschen der Familie Schölkopf wurde erworben und nach den heimatkundlichen Entwürfen des Amtshauptmanns Mühl (Dresden) von der Großbaudörfer Baufirma Nitsche & Langenbach, dem Malermeister Söhler (Dresden) und dem Tischlermeister Leich (Seelighädt) in trefflicher Weise ausgeführt. Von herrlichem Wetter begünstigt, bewegte sich ein fröhlich-bunter Zug unter Lauten nach dem behaglich-schmucken Heim, durch die von den Seelighätern errichtete grüne Ehrenpforte hindurch zur Heimwiese. Dort wurde die schlichte Weibesfeier abgehalten, eingehakt durch summungsvolle Gefänge des Studentenrat

Das gelehrte Seminarhaus. Fränklein Studentenrat stieß sprach einen selbstgedichten wohlbekannten Prolog. Amtshauptmann Mühl gab einen interessanten Überblick über die Geschichte des Hauses und überreichte die Schlüssel des Hauses. Studentenrat Professor Dr. Biedert, der 1. Vorsitzende des Vereins "Schülerinnenheim", hielt die warmempfundene Weiberrede, in der er das Heim zu einer Stätte der Kraft, einem Haupft dienender Liebe und einem Ort städtischer Geselligkeit weihte. Überintendent Bartsch, Vetter obiger Anstalten, übermittelte die herzlichen Wünsche der Lehrerstädt und betonte, daß körperliche Erziehung der weiblichen Jugend, Erweiterung des Naturfuns und Förderung des sozialen Lebens Zweck und Ziel der neuen Gründung sei. Im Namen des Kollegiums überwies er als Weibegabe die Summe von über 400 Mark, die bereits dieses Jahr bedürftigen Schülerinnen einen Aufenthalt im Heim ermöglichen soll. Der Vorsitzende des Elternrates, Wehrhaupt Mensch-Güldert, gab in schwungvollen Versen der Hoffnung Ausdruck, daß Schule und Haus weiterhin in deutsches Land ein Beispiel geben mögen, was Eintracht vermag, und

## Kunst und Wissenschaft.

\* Dresdner Theater-Spielplan für heute. Opernhaus: „Bar und Zimmermann“ (17); Schauspielhaus: „Der natürliche Vater“ (18); Neustädter Schauspielhaus: „Ein same Menschen“ (18); Residenz-Theater: „Eine Nacht im Paradies“ (18); Central-Theater: „Baronchen“ (18).

\* Das Bauknecht-Stadttheater hat seine diesjährige Spielzeit geschlossen. Es war eine der schweren seit Vieles Jahren des Theaters überhaupt. Die angespannten wirtschaftlichen Verhältnisse ließen in der Stadtverwaltung ernsthaft die Frage erkliren, ob es nicht ratsamer sei, das Theater ganz zu schließen, da man es nicht mehr verantworten kann zu können glaubte, die immer größer werdenden Defizite zu tragen. Wenn man trotzdem nicht darauf gekommen ist, so ist dies nur mit Rücksicht auf die am Weltmarkt so kräftig eingeschlagene Ölissaktion geschehen, die darin bestand, daß eine außerordentlich hohe Zahl von Vorstellungen von den Gewerkschaften, industriellen Unternehmen, Beamten, Verbänden usw. belegt wurde. Dadurch wurden dem Theater wieder fast regelmäßig volle Häuser gebracht und Gewähr gegeben, daß sich das Defizit nicht noch weiter vergrößert. Als bemerkenswertes wirtschaftliches Ereignis der verlorenen Spielzeit kann festgestellt werden, daß die jahrelang schlechteste Krise, die den Bestand des Theaters bedrohte, als überwunden angesehen werden kann. In den sieben Monaten Spielzeit gelangten 89 Werke zur Aufführung, und zwar 8 Opern, 18 Operetten, 14 Schauspiele, 8 Märchen und 1 Konzert (Sigmund).

Die Opern brachte als Neuheit Matthesius „Grazietta“, auf beachtenswerter künstlerischer Höhe standen die Aufführungen von „Hans Heiling“, „Uladine“ und „Hoffmanns Erzählungen“. In der Operette gelangten zwei Werke zur Uraufführung, und zwar „Der Stein der Wellen“ des Dresdner Pianisten Feigerl und „Die verlaufte Operette“ des Bauknecht-Nachfolgers Dr. Döring. Im Schauspiel ragten hervor „Kaiser Karl“ Geissel, „Menschenfreunde“ (Dehmel), „Pygmalion“, „Verlunkene Blöcke“, „Die im Schatten leben“ (Mosenow) und „Danion“ (Mollsandt) teils durch die Güte ihrer Aufführung, teils dadurch, daß die Werke Neuheiten für Dauzten waren, für deren Vermittlung man der Theaterleitung dankbar ist. Direktor Böschke behält auch für die kommende Spielzeit die Leitung des Bauknecht-Stadttheaters. O. Fl.

\* Von der Schiller-Stiftung, Wie aus Weimar zu destrichet wird, ist Friedrich Wienhard an Stelle des verstorbenen langjährigen Vorsitzenden Staatsminister a. D. Roth zum Vorsitzenden der Deutschen Schiller-Stiftung gewählt

worden. Für den durch seine Berufung nach Bonn ausgeschiedenen Professor Dr. Walzel entsandte Dresden Professor Ottomar Enking in den Verwaltungsrat. Der Gesamtbetrag der Spende, die zum überwiegenden Teil aus Amerika kommt, beträgt 865 115,60 Mark. Aus Deutschland ist nur eine große Schenkung, 50 000 Mark, von Frau Julie Rodenberg-Berlin, zu verzeichnen.

\* Ein Mundharmonikafabrikant als Ehrendoktor. Durch die Ernennung des Leiters der Mundharmonikafabrik Matthes Hohner A.-G. Will. Hohner, in Trossingen zum Dr. phil. honoris causa der Universität Tübingen ist ein Mann geehrt worden, der sich bedeutende Verdienste um Deutschlands Wirtschaftsleben erworben hat. Die Erzeugnisse der genannten Firma haben sich schon seit langem einen Weltmarkt geschaffen; die Hohner'sche Mundharmonika geben in alle europäischen und überseelischen Länder, obgleich leichter durch hohe Zollschranken geschehen, die deutsche Einfluss möglich zu behindern suchen. Dr. Hohners Werk erbringt Beweise für Deutschlands industrielle Leistungsfähigkeit und hilft so die Beziehungen zwischen ihm und den anderen Ländern festzigen und neu anknüpfen. Aus diesem Gesichtspunkte heraus ist die Erneuerung des 24 Millionen und des Schulgeldes an den höheren Unterrichtsanstalten (5 Millionen). Über die Deckung des hier noch noch ungedeckten Überschusses von rund 30 Millionen Mark hat man sich die Entscheidung vor-

gestellt. Standpunkt vertrat die Meinung, daß ein Normalabdruck nötig sei, den man für alle Zwecke gleichmäßig verwenden kann. Dem stand der technische und funktionsmäßige Standpunkt gegenüber, welcher betont, daß jedes Material, aber auch jedes Format Erfüllung seiner eigenen Gesetze beansprucht. Es handelt sich also darum, unter Wahrung eines einheitlichen Eindrucks doch den einzelnen Ausgaben hinsichtlich Format, Technik und Verwendung gerecht zu werden. Vor allem kam man an der Tatsache nicht vorüber, daß ein Adler für Siegel und Stempel wesentlich anders sein muß, als z. B. ein Adler für Adrette, auf deren Wirkung berechnete Schilder oder Münzen. Unter dem vorliegenden Material schienen, wie die „Mittelungen des Reichskunstamtes“ ausführen, die Entwürfe Sigmund v. Wechs die besten Grundlagen für einen Stempel zu haben. Vor allem lag eine ehrliche Lösung vor. Dabei ist besonders aufzutonen, daß eine Abdrückung nicht willkürlich mit beliebiger Schrift verwendet werden kann. Ein Stempel besteht, ebenso wie der Kopf einer Druckfrist, aus Bild und Schrift. Es handelt sich hier um eine geschmackliche Einheit, aus der man nicht einzelne Teile herausreissen kann; für jeden Entwurf bildet die Schrift einen wesentlichen Teil des Ganzen. Die Lösung der Stempelfrage verlangte daher zugleich eine Klärung der Schriftfrage. Es gilt daher vor allem die Verwirrung zu befreien, die dadurch entstanden ist, daß man die Antiqua als lateinische und die Fraktur als deutsche Schrift bezeichnet und so die Meinung erweckt hat, als bedeutende die Ablehnung der Antiqua eine national zu würdigende Tat, während ihre Verwendung ein Kennzeichen darstelle. Aus diesem Grunde ist als eine der Vorarbeiten zum Reichssiegel die gesamte Frage neu geprüft worden, und zwar wurden Fragen an eine Reihe erfahrener Künstler, Gelehrten und Schriftsteller gerichtet. Die Antworten bestätigen ein einheitliches Kennzeichen gegen das Aufstellen einer der beiden Schriften, die unter allen Umständen erhalten bleiben müssen. Ausdrücklich wird dabei für die radiale Anordnung in Stempeln, Münzen und vergleichbar die Antiqua vorgezogen, als die zur Kreisbildung geeignete Fraktur gegenüber der Fraktur. Auch verlangen praktische Erfahrungen, vor allem die Vervielfältigung der Stempel, die Verwendung der Antiqua. — Die Dienstsiegel sind durch den im Reichsgesetzblatt Nr. 28 veröffentlichten Erlass des Reichspräsidenten vom 30. März 1922 festgesetzt. Die verschiedenen Anwendungsbereiche des Reichssiegels führt eine in der Reichsdruckerei hergestellte Plakette vor, die neben Abbildung des Erlasses über die Dienstsiegel und der Richtlinien zu ihrer Verwendung durch die Reichsdruckerei in Berlin zu liefern sind.



## Der Verband deutscher Spiritus- und Spirituosen-Interessenten

hielt gestern, Donnerstag, vormittag im großen Saale der Kaufmannshof unter Leitung des 1. Vorstandes Stadtrat Tisch-Glogau eine ordentliche Mitgliederversammlung ab, die aus allen Teilen Deutschlands sehr gut besucht war. Die Staatsregierung, die Verwaltung der Stadt Dresden, die Handelskammer und der sächsische Verband der Industriellen begrüßten die Eröffnungen und gaben ihr Interesse an der Tagung kund. Nach dem Vortrag des Geschäftsbürotheiters sprach Symbius Dr. Neumann über die Auswirkungen des neuen Monopolgesetzes und die augenblickliche Lage im Spiritusgewerbe in Verbindung mit den Auswirkungen der geplanten Gemeindeveränderungen. Er ging davon aus, daß als wesentlicher Erfolg bei der Beurteilung des Monopolgesetzes die Anerkennung des Grundsatzes zu betrachten sei, daß die Privatbetriebe in Zukunft unter den gleichen Wettbewerbsbedingungen neben den Monopolbetrieben arbeiten sollen. Dementprechend ist vor allem das Kreisfeld, die steuerliche Sonderbelohnung des Privatbetriebes nach harten Kampfen vollständig gestrichen worden. Noch aber hat die Monopolverwaltung Vorteile, die sich aus der tatsächlichen Verfügbungsgewalt über die gesamten zur Herstellung von Trinkbräutern erforderlichen Rohstoffe ergeben, ferner daraus, daß ihre Milchankäufe steuerfrei und ohne die Rottwendinsteuer die Erzielung eines Unternehmensgewinnes ermöglichen. Daher ist verlangt worden, daß diese Weißwurstabteilung der Monopolverwaltung in die juristische Form einer Aktiengesellschaft gebracht werde, ein Gedanke, dem der Reichstag mit Mehrheit zustimmt, so daß demnächst eine Novelle zu dem Gesetz zu erwarten ist. In der Frage der Aenderung der Lieferungsbedingungen der Monopolverwaltung stellte der Redner mit Fons fest, daß der Verband mit seinen Forderungen die volle Unterstützung der sächsischen Regierung gefunden, leider aber der Reichsrat keine Möglichkeit gehabt hat, der Monopolverwaltung zwingende Vorschriften zu machen. Nach Beprüfung einiger Einzelfragen wurde sich der Redner dann den geplanten Gemeindesteuern auf Getränke zu. Er führte aus, daß diese Form der Steuer außerordentlich hohe Erhebungskosten und demgemäß nur einen geringen Mehrertrag mit sich bringe, außerdem die Betriebe mit weiteren großen wirtschaftlichen Auswendungen belasten würde. Im Hinblick auf die finanzielle Lage der Gemeinden sei eine Wehrbefreiung nicht abzulehnen, aber die Form müsse anders sein. Am Gluverbrauchen mit den Bierbräuereien und dem Weinhandel stehe das Spiritusgewerbe auf dem Standpunkt, daß bei sämtlichen Melchgetränksteuern mögliche Zuschläge zu erheben und mit den Melchsteuern abzuführen seien. In einem Lande wie Sachsen, wo vielfach die verschiedenen Gemeinden unmittelbar ineinander übergingen, sei es besonders schwierig, ja fast unmöglich, jeder einzelnen Gemeinde das Recht zu geben, besondere Steuerordnungen festzulegen und hier sei ganz besonders von vorne herein Einheitlichkeit notwendig. Die Ausführungen wurden mit reichem Beifall aufgenommen.

## Sommersonderzüge nach München.

Wie wir bereits mitteilten, werden in diesem Jahre Sommersonderzüge nach München abgelassen, und zwar wie folgt:

1. Freitag, den 16. Juni, ab Leipzig Hbf. 6,15 nachm., ab Dresden Hbf. 5,25 nachm.
2. Sonnabend, den 17. Juni (zug kommt von Dresden), ab Löbau (Sa.) 1,10 nachm.
3. Sonnabend, den 8. Juli, ab Leipzig Hbf. 6,15 nachmittags.
4. Donnerstag, den 13. Juli (zug kommt von Dresden), ab Löbau (Sa.) 2,25 nachm.
5. Freitag, den 14. Juli und Montag, den 17. Juli, ab Chemnitz Hbf. 6,15 nachm.
6. Freitag, den 14. Juli, Sonnabend, den 15. Juli, Montag, den 17. Juli und Dienstag, den 18. Juli, ab Leipzig Hbf. 6,15 nachm.
7. Freitag, den 14. Juli, Sonnabend, den 15. Juli, Montag, den 17. Juli und Dienstag, den 18. Juli, ab Dresden Hbf. 5,25 nachm.
8. Sonntag, den 16. Juli, ab Reichenbach (V), ob. Bahnhof, 8,22 nachm.
9. Sonnabend, den 29. Juli, ab Leipzig Hbf. 6,15 nachmittags.
10. Sonnabend, den 29. Juli, ab Dresden Hbf. 5,25 nachmittags.
11. Montag, den 14. August, ab Chemnitz Hbf. 6,20 nachmittags.
12. Montag, den 14. August, ab Leipzig Hbf. 6,15 nachmittags.
13. Montag, den 14. August, ab Dresden Hbf. 5,25 nachmittags.

## Fahrpreise.

Zu den Sommersonderzügen werden folgende Sommer-Sonderzuggrücksahrtarten 3. Klasse mit einer Geltungsdauer von 30 Tagen vom Abfahrtstage an gerechnet aufgegeben:

| von                    | nach         | nach       | nach     | nach          |
|------------------------|--------------|------------|----------|---------------|
|                        | München Hbf. | Oberstdorf | Garmisch | Berchtesgaden |
|                        |              |            |          |               |
| Obb. (Sa.)             | 432          | 598        | 530      | 608           |
| Tauber                 | 47           | 551        | 515      | 573           |
| Dresden Hbf.           | 336          | 412        | 474      | 523           |
| Freiberg (Sa.)         | 388          | 514        | 416      | 521           |
| Chemnitz Hbf.          | 311          | 487        | 419      | 497           |
| Glauchau               | 299          | 465        | 397      | 475           |
| Werdau (Sa.)           | 287          | 413        | 385      | 453           |
| Leipzig Hbf.           | 334          | 504        | 436      | 514           |
| Wittenberg             | 308          | 474        | 406      | 481           |
| Reichenbach (V) ob. B. | 271          | 437        | 399      | 447           |
| Plauen (Vogl.) ob. B.  | 234          | 420        | 332      | 430           |
| Hof Hbf.               | 230          |            |          |               |

Auf der Hinfahrt gelten die Sommer-Sonderzuggrücksahrtarten nur zu dem Sonderzug, zu dem sie gelöst sind, und, sofern Karten über die Zielstation des Sonderzuges hinaus ausgegeben werden, von letzterer ab mit gewöhnlichen Öl- und Personenzügen. Bei Benutzung von Schnellzügen ist tarifmäßiger Zuschlag zu zahlen.

Auf der Rückfahrt berechtigen die Karten zur Benutzung von fabrikmäßigem Öl- und Personenzügen. Bei Benutzung von Schnellzügen ist der tarifmäßige Zuschlag zu zahlen.

An Inhaber von Sonderzuggrücksahrtarten nach München Hbf., Berchtesgaden Hbf. und Garmisch-Partenkirchen, welche auf der Südroute Nürnberg sowie Bamberg besuchen wollen, werden in München Hbf. Umwegkarten ausgegeben, die in Verbindung mit den Sonderzugkarten dazu berechtigen, statt des Weges über Regensburg Hof denjenigen über Nürnberg-Hof zu benutzen. Die Sonderzuggrücksahrtarten nach Oberstdorf gelten zur Rückfahrt bereits wahlweise über Augsburg-Nürnberg-Hof, München-Nürnberg-Hof.

Sobertunterbrechung ist auf der Hinfahrt im Sonderzug ausgeschlossen. Auf der Anschlußstrecke und auf der Rückfahrt kann die Fahrt je einmal beliebig lange innerhalb der Geltungsdauer unterbrochen werden.

Sommer-Sonderzuggrücksahrtarten können auch auf Stationen, die von den Sonderzügen nicht berührt werden, oder auf welchen Sonderzüge nicht halten, oder Sonderzuggrücksahrtarten nicht verkauft werden, bestellt und in Empfang genommen werden. Schriftliche Bestellung auf Sonderzuggrücksahrtarten unmittelbar bei den Ausgabestellen werden auch bei vorheriger Einsendung des Betrages nicht berücksichtigt.

Der Verkauf beginnt am 6. Juni an den im Monat Juni verschrenden Sommersonderzügen, am 24. Juni zu dem am 8. Juli verschrenden Sommersonderzug, am 30. Juni zu den übrigen im Monat Juli verschrenden Sommersonderzügen, am 31. Juli zu den im Monat August verschrenden Sommersonderzügen.

## Turnen — Sport.

### Woran liegt es?

Von Graf von der Goltz

Neulich lagte mir ein bekannter Großkaufmann: „Die deutsche Industrie kann nie kaputt gehen, denn man kann ihr ihr Vieh nicht nehmen, die deutsche Intelligenz. Wahrscheinlich hält diese freilich nur noch 20 bis 30 Jahre, denn die Jugend arbeitet nicht mehr so wie früher, das hört man allgemein. Sie treibt zu viel Sport und hat anderes im Kopf.“

Ein zum Nachdenken rinnendes Urteil. Denn es kommt von einem klugen, noch jüngeren Manne, der nie ein Duckmaurier gewesen ist. Auch er fürchtet für Deutschland Zukunft, nicht bloß für seine politische, nationale, völkische. Diese wäre vielleicht manchem heutigen Deutschen gleichgültig. Er beweist auch Deutschlands wirtschaftliche Zukunft in dem nächsten Gesicht.

Siegt es nun, wie mein Gewährsmann glaubt, am Sport? Wenn er den Sport meint, der zusammen mit dem Film den Hauptinhalt eines stark gelebten Tellers unserer Papierzeitung leidenden Presse bildet, so bin ich ganz derselben Ansicht. Diese Presse schreibt für das Sportinteresse der Wasser und Spieler, eines denksaften Schieber- und Bergmannspublums, das keine bessere Schulung oder gar Beischaltung kennt, als Sport-Zeitungen zu lesen und die Abende oder Nachmittage in den Sportpalästen oder auf den Rennbahnen zu verbringen, am Sport anderer einen gedankenlosen Herzensfeind sich zu verabscheien und, wenn irgend möglich, beim Weinen Geld zu verdienen, ohne aber selbst zu reiten, zu rodeln, oder gar zu boggen, denn dazu ist dies Volk viel zu entartet, minderwertig, unphilistisch. Wenn aber andere sich blutig schlagen oder bei dem tierischen Sechs-Tage-Rennen durch rohe körperliche Übertriebungen Nerven und Verstand zugrunde richten, so ist etwas für diese „Sportleute“, die Ekken der Lebendanschauung der untergehenden Römer der Kaiserzeit.

Sport hat nur dann Wert, wenn man ihn sieht treibt, wenn er ein von allen betriebener Volks-Sport ist, und wenn er ein so unentbehrliches Gegengewicht bildet gegen die aufreibenden, entartenden Einflüsse der Großstadt, gegen die ehrlosen in leicht- und lustlohen Mietshäusern, gegen ein Arbeiten in angefüllten Bankräumen, Geschäftsimmunitäten und Fabriken. Wer so für sich und seine körperliche Kräftigung Sport treibt, wird seiner Berufstätigkeit nicht schaden, sondern nutzen. Denn er kommt am nächsten Tage frisch und geschult wieder zu seinem Dienst, er bleibt gelind, und hat in dem sich gezeigt, was für jeden Beruf mit das wichtigste ist, in Selbstdisziplin und Selbstüberwindung, er hat mit dem Körper, mit seinen Sinnen, mit Auge und Ohr, ausgleich den Charakter gestaltet, die Beobachtungsschaubarkeit und den schnellen und doch überlegten Entschluss.

Aber es gilt nicht nur die Lehre der alten Römer an befolgen, daß gesunde, geistige Tatkraft nur bei gesunder Seele und gesundem Körper möglich ist, sondern auch Sport, Turnen und Wandern unter einer Idee zu stellen. Denn man darf nicht nur gedankenlos und als Selbstzweck turnen oder Fußball spielen, sondern man soll dabei das hohe geistige Ziel im Auge haben, sich selber zu einem seelisch und charakterlich vollkommen Menschen auszubilden, dadurch seinem Volle eine tüchtige Basis zu erhalten und endende künftige Geschlechter zu zeugen und zu erziehen.

Auf richtig geübtem, edel und zielbewußt aufzufahrem Turnen und Sport, besonders wenn sie von Turnhallen, Sportplätzen und aus der Umgebung oder, grauer Hünerwände in Gottes freie Natur und in abwechslungsreiche Gelände verlegt werden, auf unserer körperlich, charakterlich und seelisch gesunden Jugend beruht die Hoffnung und Zukunft unseres darniederliegenden Volkes und damit auch die Erhaltung unseres jetzt noch blühenden Wirtschaftslebens.

Bei dieser Gelegenheit sei auf das soeben erschienene „Deutsche Sporthandbuch“ von Hans Böhmer hingewiesen, das in musterhafter Weise den Sportlehrern aller Sportarten, Jugend-Turn- und Sportbünden und jedem Anänger geliefert wird, wie in welchem Gewebe geturnt, gewandert und Sport getrieben werden soll.

Der sittlich aufgefaßte Sport ist aber doppelt nötig, seit unsere Jugend nicht mehr die Körper- und Charakterschule der allgemeinen Wehrpflicht durchmacht. Jugendwohl muß alljährlich im Heere lernen: Selbstlose Unterordnung der eigenen Person unter Vaterland, Vernunft und Pflicht, arbeiten für eine Sache um ihrer selbst willen, nicht bloß für Geld, Härte, persönlichen Mut und Verantwortungsfreudigkeit. Solange wir noch kein Arbeitsdienstpflichtiges haben, kann, richtig betrieben, Turnen, Sport und Wandern alles dies den Jungen beibringen und die Alten darin stärken. Denn die körperliche Kräftigung ist die Sache des ganzen Lebens.

Irgendeine Erholung braucht das vom Beruf müde und oft des Berufes nicht frohe Geschlecht. Bieten wir ihm nicht hohe, sittlische, kräftigende Erholung, so sucht es die niedere, unsittliche, entartende auf, und die Verführung dazu ist überall groß, besonders in Großstädten. Jugendlose will sich austoben und körperlich betätigen, nachdem sie acht Stunden still gewesen, und sie will das Auge am grünen Baum erfreuen oder am Kleinkaliber üben, nachdem sie in schlechter Lust die Maschine bedient hat.

Der schwere wirtschaftliche Kampf ums Dasein, das materiell und materialistisch eingestellte Leben bedarf eines idealen Ausgleichs und Ausschwunges; das empfindet niemand so wie der Arbeiter, dessen Seele vom Materialismus unbefriedigt ist. Erhalten wir darum der Jugend auch in gern neuer Welt die unvergänglichen Ideale des alten Heeres! Wieviel sie auch für das Wirtschaftsleben bedeuten, dafür sind die Leistungen der alten Offiziere Zeug, über das ich bisher von Kaufleuten nur ein übereinstimmendes Lob gehörte. Darum Kampf dem falsch aufgefaßten Sport ebenso wie der sonstigen Entartung der Großstadt, Kampf dem seelenlosen Materialismus und freie Gasse dem veredelnden, der Vollgeliindheit dienenden, die Ideale des alten Heeres erhaltenden Körper- und Charakterstärkung.

Irgendeine Erholung braucht das vom Beruf müde und oft des Berufes nicht frohe Geschlecht. Bieten wir ihm nicht hohe, sittlische, kräftigende Erholung, so sucht es die niedere, unsittliche, entartende auf, und die Verführung dazu ist überall groß, besonders in Großstädten. Jugendlose will sich austoben und körperlich betätigen, nachdem sie acht Stunden still gewesen, und sie will das Auge am grünen Baum erfreuen oder am Kleinkaliber üben, nachdem sie in schlechter Lust die Maschine bedient hat.

Der schwere wirtschaftliche Kampf ums Dasein, das materiell und materialistisch eingestellte Leben bedarf eines idealen Ausgleichs und Ausschwunges; das empfindet niemand so wie der Arbeiter, dessen Seele vom Materialismus unbefriedigt ist. Erhalten wir darum der Jugend auch in gern neuer Welt die unvergänglichen Ideale des alten Heeres! Wieviel sie auch für das Wirtschaftsleben bedeuten, dafür sind die Leistungen der alten Offiziere Zeug, über das ich bisher von Kaufleuten nur ein übereinstimmendes Lob gehörte. Darum Kampf dem falsch aufgefaßten Sport ebenso wie der sonstigen Entartung der Großstadt, Kampf dem seelenlosen Materialismus und freie Gasse dem veredelnden, der Vollgeliindheit dienenden, die Ideale des alten Heeres erhaltenden Körper- und Charakterstärkung.

## Deutsche Kampfspiele in Berlin.

Die erste Kampfspielstätte hat Anfang Juni im Generalsekretariat des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen unter Beteiligung der Verbände hinzugefügt. Die endgültige Einweihung der Halle ist erfolgt derzeitig, daß am Sonntag, den 18. Juni, die Woche durch das Fußballdrama um die Deutsche Meisterschaft eingeleitet wird, am Montag (19.), Dienstag (20.), Donnerstag (22.) und Freitag (23.) folgen die Fußball-Kampfspiele, am Sonntag (18.), Montag (19.), Dienstag (20.) und Mittwoch (21.) die Rudern und Rudergespiele. Die Rudergatta findet am 10. Juni in Grunau, die Tennis- und Golfspiele am 10. Juni im Grunauwald bzw. an der Spandauer Chaussee statt. Am Sonnabend, den 24. Juni, beginnen die Turnerschaften am Sonnabend um 1 Uhr beginnen. Daran schließt sich um 5 Uhr der Akademische Bierer, in dem sich der Erste Preußische R. A. und der Akademische R. C. Leipzig, der Meissner R. C. Leipzig und der Dresden Ruderverein messen. Das zweite Hauptrennen des Tages ist in der Jungmann-Ermunterungs-Bierer, dessen Entscheidung um 5 Uhr fällt. Daran schließen sich wiederum Turnspiele.

Am Sonntag beginnen die Rennen früh 12 Uhr. Der Beginn der Handkugeln dieses Tages ist auf 1/2 Uhr angesetzt; die Teilnahme ist folgende: 1/2 Uhr: Jungmann-Bierer; 1/2 Uhr: Achter für Junoren; 1 Uhr: Zweiter Bierer für Jungmänner Abteilung A; 1/2 Uhr: doppelter Abteilung B; 1/2 Uhr: Verbands-Bierer; 1/2 Uhr: Erster Bierer für Jungmänner; 1 Uhr: Doppelpaar ohne Steuermann; 1/2 Uhr: Junior-Bierer; 1/2 Uhr: Zweiter Bierer; 1/2 Uhr: Jungmann-Achter; 4 Uhr: Einer für Junoren; 1/2 Uhr: Bierer für Junoren; 1/2 Uhr: Einer für Junoren; 1/2 Uhr: Achter; 1/2 Uhr: Abschieds-Bierer.

Der Start für sämtliche Rennen befindet sich oberhalb der Kampfspielstätte Bierer, das Ziel zwischen dem Clubhaus des Dresdner Rudervereins und Hotel Kurhaus in Blasewitz.

## Vereinskalender

### Piedelport.

Grenzwald, 8. Juni. (Vig. Drabimeld.) 1. Rennen. 1. Handwurfs-Mägler, 2. Abrian Werburg, 3. Greifhor. Tot.: 50 : 10, Platz 20, 22 : 10. Werner: Ordensritter, Ramotod, Nebhahn. — 2. Rennen. 1. Töberig (Kaiser), 2. Rader, 3. Sonnenrose. Tot.: 10 : 10, Platz 20, 22 : 10. Werner: Prälz, Santi Vito, Bösliger, Tunk, Traumdeuter, Morgenstaude, Greiterin. — 3. Rennen. 1. Rantius (Oleinits), 2. Hanstreund (Tarras), 2. Morele. Tot.: 30 : 10, Platz 16 : 10, Tot.: 9 : 10, Platz 12 : 10, 18 : 10. Werner: Verbin, Triumph, Simon, Dieter. — 4. Rennen. 1. Lutpus (Oleinits), 2. Krenstein, 3. Lorenz. Tot.: 72 : 10, Platz 29, 72 : 10. Werner: Omes, Cisan. — 5. Rennen. 1. Zimmergrän (Danzel), 2. Ekelhard, 3. Mme. Tot.: 23 : 10, Platz 14, 16 : 10, 18 : 10. Werner: Lieberich, Minne. — 6. Rennen. 1. Giebisch (Kaiser), 2. Dreigelt, 3. Intendant. Tot.: 41 : 10, — 7. Rennen. 1. Paff (Gaudinger), 2. Ulan II, 3. Botan. Tot.: 68 : 10, Platz 13, 12 : 10. Werner: Baltazar, Rend, bonito, Vivio, Moskunde, Tavoly.

### Sächsischer Radfahrer-Bund.

Som. 15. bis 18. Juli findet in Bautzen das 31. Bundesfest des S. R. B. statt, wozu jetzt die Aussichtserklärung für die sportlichen Wettkämpfe erschienen ist. Am 16. Juli kommen zum Antritt die Meisterschaften im Mannschaftsfahren des S. R. B. über 50 Kilometer, ein Rennen durch die Straßen Bautzens in fünf Stationen, die Meisterschaften im Männer-, im Frauen- und im Kinderfahrrad. Im ersten Radfahrtreis, die Einzelmeisterschaft auf Hoch- oder Niedrigrad, die Meisterschaft im Set-Radpolo und Set-Stadtfahrrad.

Jugendpflege im S. R. B. Die ganz besondere Pflege der Jugend ist ein Hauptaufgabe gemacht. Zu diesem Zwecke ist ein Hauptaufgabenamt für Jugendpflege geschaffen worden.

Mit anfangs kleineren, später mehrtagigen Wandertreffen, sowie Rittwagen, bildender und belehrender Art, ferner Unterricht über den Bergsteig und Behandlung des Stoffes soll der Wert des Radfahrers den Jugendlichen vor Augen gehalten werden. Dem Bezirk Dresden stehen in den Herzen Braun und Schmidts wahre Jugendbücher zur Seite. Herr Braun veranstaltet in diesem Jahre erstmals am 21. Juni

## Entscheidung des Reichsfinanzministeriums.

Sur Schenkungsverpflichtung eines Schenkungsvertrages. Nach § 40 Abs. Satz 2 des Erdbebenbeschleunigungsvertrages 1919 tritt bei einem Schenkungsvertrag die Verpflichtung erst ein, wenn und soweit es vollzogen wird. Vollzogen ist ein Schenkungsvertrag nicht schon durch die schriftliche oder elektronische Begründung der Forderung des Benefizienten aus dem Zuwendungsvorvertrag, sondern erst dann, wenn der obligatorische Zuwendungsvorvertrag durch die Bekanntmachung der zuständigen Behörde erfüllt ist. Hat der Schenker eine bestimmte Geldsumme verpflichtet, so besteht die Leistung in der Auszahlung des Kapitals. Solange diese nicht erfolgt ist, kann daher auch die Zahlung von Raten der durch den Schenkungsvertrag begründete Forderung als eine Vollziehung des Vertrages der Kapitalzuwendung nicht gelten. Steuerrechtlich anders ist das insofern, als die Forderung von Raten für das vertragssicherte Kapital oder vor der Rückerstattung des Kapitals gesetzliche Raten als vollzogene fiktive freigegebene Zuwendungen anzusehen und zu behandeln sind. Der Ausschluss, daß in dem Falle des späteren Auszahlung des Kapitals die vorher gezahlten Raten als solche nicht freigegebene Zuwendungen neben dem Kapital stehen, sondern neuwertig zu behandeln seien, weil sie geschuldet waren, kann nicht bestreiten werden, da nach dem Gesagten die Erteilung des Schenkungssteuergrundbegründung durch einen Schenkungsvertrag begründetes Forderungsrecht unabdingbar und lediglich an die Verjährung selbst anknüpft. (Urteil vom 2. März 1922, VfR 18721.)

Dritten zwischen der Südlichen Maschinenfabrik Hartmann in Chemnitz und der König Friedrich August Hütte in Freital. Die letzter vorgerückte Jahre zwischen den beiden Gesellschaften geführten Aufsichtsratsversammlungen, die ursprünglich auf eine Unternehmensvereinigung hinausliefen, näherten sich nunmehr einem Abschluß, der eine völlige Verschmelzung der beiden Werke vorsieht. Die offizielle Mitteilung überwiegend noch im Laufe dieses Monats bekräftigt werden.

Die fusion Darmstädter — Nationalbank wird in den nächsten Kommissionierungen der beiden in der Pariser Gemeinschaft Darmstädter — Nationalbank verbündeten Institute zur Erfüllung stehen. Mit dem November vorherigen Jahresbericht der Amerikanergemeinschaft beschlossen worden war, wurde von beiden Seiten über abzüglichlich bestimmt, daß der Beitrag nur einer Gruppe für die eigentlich vorgesehene vollkommene Verschmelzung auf dem Prinzipielle durchgeführt wird. Der Beitrag genügt worden war, wie erinnerlich, rein finanzieller Natur, da nach den damals geltenden Voraussetzungen ein erheblicher Überschuß für die Verschmelzung zu richten gewesen wäre. Anschließend an das neue Kapitalverfassungsgesetz in Kraft getreten, in dem die Befreiungen über die Besteuerung von Kapitalgewinnen im Prinzip geformt sind, infolgedessen steht jetzt das ursprüngliche Bilden der beiden Gesellschaften nicht mehr im Wege und bekennt dieshalb die erste Abgrenzung, die sich in der endgültigen Pariservereinigung darstellt, um sie in die Tat umzusetzen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Entwicklung, die im Bankengewerbe seit dem Abschluß des Amerikanergemeinschaftsvertrages eingetreten ist, den Wunsch nach einer vollkommenen Verschmelzung noch verstärkt hat. Die Gründungsabsicht zeigen also mit großer Tatsächlichkeit, daß sie im abgelaufenen Jahre die Kapitalverteilung prozentual höher gewesen ist, als die Zerlegung der Einnahmen, und es steht außer Zweifel, daß in dieser Beziehung im laufenden Jahre eine weitere Verdichtung eintreten wird. Wenn auch die organisatorische Zusammensetzung der beiden Institute noch weit vorgeschritten ist und zu erheblichen Erfolgen gelangt haben dürfte, so ist es dennoch wahrscheinlich, daß das vollen Auseinandersetzungen mehrere Gewissensbisse bringen wird. So wird vor allem, wie die "Voss. Zeit." erläutert, der international gewohnte Name Darmstädter Bank — Nationalbank in den englischen Dialekt Darmstädter Bank — Nationalbank in den englischen Dialekt Darmstädters und Nationalbank Kommanditgesellschaft umgestaltet auf Aktien umgewandelt werden. Das Unternehmen wird entsprechend zwischen den Aktien wird entsprechend der vollkommen gleichmäßigen Ausweitung teilhaberhaft 1:1 sein. Dies entspricht auch darüber den Voraussetzungen des östlichen Vertrages, der bekanntlich auf vollkommene Gleichberechtigung aufgebaut war, da jenseits einer gegenseitigen Verteilung bestens, als auch eine gleichmäßige Verteilung der Gewinne und gleichmäßige Timmungsabstimmung vorgesehen war. Die Nationalbank in die jüngste Part, welche die Darmstädter Bank aufnimmt, besonders auf dem Grunde, weil die Norm der Kommanditgesellschaft auf Aktien, welche die Nationalbank bei dem Aufkommen solch mit der Nationalbank in Bremen angenommen hatte, beibehalten werden soll. Die Nationalbank wird insgesamt ihr Kapital entsprechend erhöhen.

\* Die Braunschweigische Staatsschule (Festlandshaus) erzielte in ihrem am 31. März abgelaufenen 157. Geschäftsjahr aus Opfergaben eine Einnahme von 3.284.11. 3.331 Millionen Mark, aus Kommunalbeiträgen von 1.777.45.900 Millionen Mark, aus Sonderbeiträgen 19.71. 14.201 Millionen Mark, aus Privatleuten und Freunden 4.31. 3.011 Millionen 1997.515) Mark. Dagegen erforderten die Pfandbriefe und Obligationenzinsen 3.28. 18.251 Millionen Mark, sonstige Raten 20.01. 17.371 Millionen Mark, Unfonds 8.1. 18.801 Millionen Mark, so daß nach Abzug der Abreibungen auf

die Beteiligung an der Reichsbanknote-L.-G. mit 226.000 M. und nach den Ausgaben für Mobilien ein Bruttoeinnahme von 2.81 (1.6) Millionen Mark verbleibt. Hierzu werden 875.000 M. dem Reservestock, 148.796 M. dem Kurzfristklagekonto überwiesen, 1.7 Millionen Mark an die Staatskasse abgeführt und 89.175 M. auf neue Rechnung vorgetragen. Der tatsächliche Gewinnzins beträgt danach 8.1 % des Grundkapitals. Die Gesamtumsätze liegen von 14.7 auf 24.46 Milliarden Mark. An Pfandbrief- und Kommunalobligationen konnten nach Abzug der Rücklage 27.78 Millionen Mark abgezogen werden, wobei der größte Teil der Rechnungen auf die am Ende des Geschäftsjahrs ausgelegte 5-Jährige Kommunalanleihe nicht eingegangen ist. An langfristigen Darlehen sind 31 Millionen Mark berechnet worden. Vom Konserven erlösten sich Oppobefehlsdarlehen von 78.1 auf 84.06 Millionen Mark. Kommunaldarlehen von 107.84 auf 215.79 Millionen Mark, wogegen an Pfandbriefen und Obligationen 100.08 (18.15) Millionen Mark und an Staatskonds 180.81 (17.80) Millionen Mark im Umlauf waren. Die freien Gelder stiegen von 842.58 auf 514.2 Millionen Mark. Dagegen Depots von 146.86 auf 238.6 Millionen Mark. Pfandbrief und unverzinsliche Schausammlungen von 73.8 auf 93.24 Millionen Mark. Guthaben bei Banken u. v. von 48.30 auf 100.04 Millionen Mark.

Geldbeschaffungs-Aktiengesellschaft vom Otto Mandelius in Berlin. Die außerordentliche Hauptversammlung erhöhte das Grundkapital von 4 auf 8 Millionen Mark. Die jungen Aktien, die vom 1. Januar 1922 ab an der Dividende teilnehmen, werden den alten Aktionären im Verhältnis von 2 : 1 zum Kurs von 100 angeboten.

Der 40. Verbandsstag der Vereine Creditreform wird vom 17. bis 20. d. M. in Dresden abgehalten und am Sonnabend, den 17. Juni, durch einen Vergnügungssabab im Hotel "Palmen-garten" eingeleitet werden.

Der 1. Kongress Deutscher Handelsvertreter findet vom 11. bis 13. d. M. in Breslau statt. Den Mittelpunkt der feierlichen Eröffnungsfestigung wird ein Festkonzert bilden, der die produktive Bedeutung des Handelsvertreters in ausführlicher Weise behandeln wird. Ein Bericht über die zwanzigjährige Tätigkeit des Centralverbandes wird sich anschließen. Die Kräfte der neuzeitlichen Relativierung des Handelsvertreters, namentlich durch die Umfangsteuer, die Vertretung des Handelsvertreters beruht, im Reichswirtschaftsrat und in den Bezirkswirtschaftsräten, die Stellungnahme des Handelsvertretersverbands zum anfallenden einheitlichen Arbeitssatz werden erörtert werden; vor allem aber wird sich der Kongress mit dem Entwurf eines neuen Handelsvertreterrechts zu beschäftigen haben, den der Centralverband vorgelegt hat. Um Zusammenhang mit dem Kongress finden Tagungen der einzelnen Fachverbände des Centralverbandes statt, um die besonderen Fragen zu klären, die sich aus der derzeitigen wirtschaftlichen Lage, aus der jetzigen Steuerpolitik, aus der neueren Gesetzgebung usw. für die einzelnen Fachwege des Handelsvertreters ergeben.

\* Gegen die Ausfuhrabgabe. Auf der Tagung des Eisen- und Stahlverindustriebundes wurde eine Entscheidung gegen die Ausfuhrabgabe angenommen, deren sofortige Befestigung notwendig sei, weil sie durch die wirtschaftlichen Verhältnisse überwältigt sei und sich technisch niemals so gestalten lasse, daß sie sich den Schwierigkeiten des Wirtschaftslebens entziehen werde.

\* Abrechnung ausländischer Kohlenbezüge auf die Inlandsförderung. Bekanntlich nimmt in letzter Zeit die Einfuhr englischer Kohlen nach Deutschland in erheblichem Maße zu, was darauf zurückzuführen ist, daß diese, sofern die Kohlenrechte aufgeworfen sind, ungefähr den deutschen Preisen angeglichen erscheint und außerdem noch den Vorstell mit sich bringt, daß diejenigen Kohlen bezogen werden können, die für die speziell industriellen Abnehmer notwendig sind. Der Reichskohlenkommissar hat nun aber verfügt, daß mit Rücksicht auf die schwierige Kohlenversorgungsfrage die aus dem Auslande eingekauften Kohle auf das Inlandsförderung angerechnet wird. Es heißt in dieser Verordnung nach der "Voss. Zeit": Angehörige der angekündigten Brennstoff- und des neuwertigen erleichterten Bezug ausländischer Kohle (Angleichung der Inland- und Auslandspreise, Befreiung der ausländischen Abnehmer eingeschloßene Kohle von der Abgabensteuer, Erweiterung des Kreises der Bezugserbrechtigten) muß es sich der Reichskohlenkommissar bis auf weiteres vorbehalten, bei der Verteilung der inländischen Kohle eine gemischt auf die Neukohle an eingekauften Brennstoffen zu nehmen. Bei größeren Unterschieden im Bezugskreis inländischer und ausländischer Kohle wird indessen von einer Abrechnung der eingekauften Kohle absehen und auch in anderen Fällen soll die Abrechnung nur mit Rücksicht der Höhe der Menge geschehen, sofern sie sich eine höhere Abrechnung (höchste Kohle) erfolgt. (Am den ersten vier Monaten dieses Jahres wurden für 2 Milliarden Mark englische Kohle eingeführt.)

\* Annahme der Goldfahrt in die Vereinigten Staaten. Die Einfuhr von Gold in die Vereinigten Staaten hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Nach den amtlichen Mitteilungen des "Federal Reserve Bulletin" belief sich die Nettoeinfuhr i. J. 1921 auf 2.81 gegen 1.75 Milliarden Goldmark 1920 (1 Dollar zu 4.2 Goldmark berechnet), die größte bisher in einem Jahre erreichte Einfuhrmenge. Hierzu führen aus Deutschland und Österreich-Ungarn eine höhere Abrechnung (höchste Kohle) erfolgte. (Am den ersten vier Monaten dieses Jahres wurden für 2 Milliarden Mark englische Kohle eingeführt.)

\* Annahme der Goldfahrt in die Vereinigten Staaten. Die

Einfuhr von Gold in die Vereinigten Staaten hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Nach den amtlichen Mitteilungen des "Federal Reserve Bulletin" belief sich die Nettoeinfuhr i. J. 1921 auf 2.81 gegen 1.75 Milliarden Goldmark 1920 (1 Dollar zu 4.2 Goldmark berechnet), die größte bisher in einem Jahre erreichte Einfuhrmenge. Hierzu führen aus Deutschland und Österreich-Ungarn eine höhere Abrechnung (höchste Kohle) erfolgte. (Am den ersten vier Monaten dieses Jahres wurden für 2 Milliarden Mark englische Kohle eingeführt.)

\* Annahme der Goldfahrt in die Vereinigten Staaten. Die

Einfuhr von Gold in die Vereinigten Staaten hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Nach den amtlichen Mitteilungen des "Federal Reserve Bulletin" belief sich die Nettoeinfuhr i. J. 1921 auf 2.81 gegen 1.75 Milliarden Goldmark 1920 (1 Dollar zu 4.2 Goldmark berechnet), die größte bisher in einem Jahre erreichte Einfuhrmenge. Hierzu führen aus Deutschland und Österreich-Ungarn eine höhere Abrechnung (höchste Kohle) erfolgte. (Am den ersten vier Monaten dieses Jahres wurden für 2 Milliarden Mark englische Kohle eingeführt.)

\* Annahme der Goldfahrt in die Vereinigten Staaten. Die

Einfuhr von Gold in die Vereinigten Staaten hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Nach den amtlichen Mitteilungen des "Federal Reserve Bulletin" belief sich die Nettoeinfuhr i. J. 1921 auf 2.81 gegen 1.75 Milliarden Goldmark 1920 (1 Dollar zu 4.2 Goldmark berechnet), die größte bisher in einem Jahre erreichte Einfuhrmenge. Hierzu führen aus Deutschland und Österreich-Ungarn eine höhere Abrechnung (höchste Kohle) erfolgte. (Am den ersten vier Monaten dieses Jahres wurden für 2 Milliarden Mark englische Kohle eingeführt.)

\* Annahme der Goldfahrt in die Vereinigten Staaten. Die

Einfuhr von Gold in die Vereinigten Staaten hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Nach den amtlichen Mitteilungen des "Federal Reserve Bulletin" belief sich die Nettoeinfuhr i. J. 1921 auf 2.81 gegen 1.75 Milliarden Goldmark 1920 (1 Dollar zu 4.2 Goldmark berechnet), die größte bisher in einem Jahre erreichte Einfuhrmenge. Hierzu führen aus Deutschland und Österreich-Ungarn eine höhere Abrechnung (höchste Kohle) erfolgte. (Am den ersten vier Monaten dieses Jahres wurden für 2 Milliarden Mark englische Kohle eingeführt.)

\* Annahme der Goldfahrt in die Vereinigten Staaten. Die

Einfuhr von Gold in die Vereinigten Staaten hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Nach den amtlichen Mitteilungen des "Federal Reserve Bulletin" belief sich die Nettoeinfuhr i. J. 1921 auf 2.81 gegen 1.75 Milliarden Goldmark 1920 (1 Dollar zu 4.2 Goldmark berechnet), die größte bisher in einem Jahre erreichte Einfuhrmenge. Hierzu führen aus Deutschland und Österreich-Ungarn eine höhere Abrechnung (höchste Kohle) erfolgte. (Am den ersten vier Monaten dieses Jahres wurden für 2 Milliarden Mark englische Kohle eingeführt.)

\* Annahme der Goldfahrt in die Vereinigten Staaten. Die

Einfuhr von Gold in die Vereinigten Staaten hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Nach den amtlichen Mitteilungen des "Federal Reserve Bulletin" belief sich die Nettoeinfuhr i. J. 1921 auf 2.81 gegen 1.75 Milliarden Goldmark 1920 (1 Dollar zu 4.2 Goldmark berechnet), die größte bisher in einem Jahre erreichte Einfuhrmenge. Hierzu führen aus Deutschland und Österreich-Ungarn eine höhere Abrechnung (höchste Kohle) erfolgte. (Am den ersten vier Monaten dieses Jahres wurden für 2 Milliarden Mark englische Kohle eingeführt.)

\* Annahme der Goldfahrt in die Vereinigten Staaten. Die

Einfuhr von Gold in die Vereinigten Staaten hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Nach den amtlichen Mitteilungen des "Federal Reserve Bulletin" belief sich die Nettoeinfuhr i. J. 1921 auf 2.81 gegen 1.75 Milliarden Goldmark 1920 (1 Dollar zu 4.2 Goldmark berechnet), die größte bisher in einem Jahre erreichte Einfuhrmenge. Hierzu führen aus Deutschland und Österreich-Ungarn eine höhere Abrechnung (höchste Kohle) erfolgte. (Am den ersten vier Monaten dieses Jahres wurden für 2 Milliarden Mark englische Kohle eingeführt.)

\* Annahme der Goldfahrt in die Vereinigten Staaten. Die

Einfuhr von Gold in die Vereinigten Staaten hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Nach den amtlichen Mitteilungen des "Federal Reserve Bulletin" belief sich die Nettoeinfuhr i. J. 1921 auf 2.81 gegen 1.75 Milliarden Goldmark 1920 (1 Dollar zu 4.2 Goldmark berechnet), die größte bisher in einem Jahre erreichte Einfuhrmenge. Hierzu führen aus Deutschland und Österreich-Ungarn eine höhere Abrechnung (höchste Kohle) erfolgte. (Am den ersten vier Monaten dieses Jahres wurden für 2 Milliarden Mark englische Kohle eingeführt.)

\* Annahme der Goldfahrt in die Vereinigten Staaten. Die

Einfuhr von Gold in die Vereinigten Staaten hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Nach den amtlichen Mitteilungen des "Federal Reserve Bulletin" belief sich die Nettoeinfuhr i. J. 1921 auf 2.81 gegen 1.75 Milliarden Goldmark 1920 (1 Dollar zu 4.2 Goldmark berechnet), die größte bisher in einem Jahre erreichte Einfuhrmenge. Hierzu führen aus Deutschland und Österreich-Ungarn eine höhere Abrechnung (höchste Kohle) erfolgte. (Am den ersten vier Monaten dieses Jahres wurden für 2 Milliarden Mark englische Kohle eingeführt.)

\* Annahme der Goldfahrt in die Vereinigten Staaten. Die

Einfuhr von Gold in die Vereinigten Staaten hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Nach den amtlichen Mitteilungen des "Federal Reserve Bulletin" belief sich die Nettoeinfuhr i. J. 1921 auf 2.81 gegen 1.75 Milliarden Goldmark 1920 (1 Dollar zu 4.2 Goldmark berechnet), die größte bisher in einem Jahre erreichte Einfuhrmenge. Hierzu führen aus Deutschland und Österreich-Ungarn eine höhere Abrechnung (höchste Kohle) erfolgte. (Am den ersten vier Monaten dieses Jahres wurden für 2 Milliarden Mark englische Kohle eingeführt.)

\* Annahme der Goldfahrt in die Vereinigten Staaten. Die

Einfuhr von Gold in die Vereinigten Staaten hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Nach den amtlichen Mitteilungen des "Federal Reserve Bulletin" belief sich die Nettoeinfuhr i. J. 1921 auf 2.81 gegen 1.75 Milliarden Goldmark 1920 (1 Dollar zu 4.2 Goldmark berechnet), die größte bisher in einem Jahre erreichte Einfuhrmenge. Hierzu führen aus Deutschland und Österreich-Ungarn eine höhere Abrechnung (höchste Kohle) erfolgte. (Am den ersten vier Monaten dieses Jahres wurden für 2 Milliarden Mark englische Kohle eingeführt.)

\* Annahme der Goldfahrt in die Vereinigten Staaten. Die

Einfuhr von Gold in die Vereinigten Staaten hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Nach den amtlichen Mitteilungen des "Federal Reserve Bulletin" belief sich die Nettoeinfuhr i. J. 1921 auf 2.81 gegen 1.75 Milliarden Goldmark 1920 (1 Dollar zu 4.2 Goldmark berechnet), die größte bisher in einem Jahre erreichte Einfuhrmenge. Hierzu führen aus Deutschland und Österreich-Ungarn eine höhere Abrechnung (höchste Kohle) erfolgte. (Am den ersten vier Monaten dieses Jahres wurden für 2 Milliarden Mark englische Kohle eingeführt.)

\* Annahme der Goldfahrt in die Vereinigten Staaten. Die

Einfuhr von Gold in die Vereinigten Staaten hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Nach den amtlichen Mitteilungen des "Federal Reserve Bulletin" belief sich die Nettoeinfuhr i. J. 1921 auf 2.81 gegen 1.75 Milliarden Goldmark 1920 (1 Dollar zu 4.2 Goldmark berechnet), die größte bisher in einem Jahre erreichte Einfuhrmenge. Hierzu führen aus Deutschland und Österreich-Ungarn eine höhere Abrechnung (höchste Kohle) erfolgte. (Am den ersten vier Monaten dieses Jahres wurden für 2 Milliarden Mark englische Kohle eingeführt.)

\* Annahme der Goldfahrt in die Vereinigten Staaten. Die

Einfuhr von Gold in die Vereinigten Staaten hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Nach den amtlichen Mitteilungen des "Federal Reserve Bulletin" belief sich die Nettoeinfuhr i. J. 1921 auf 2.81 gegen 1.75 Milliarden Goldmark 1920 (1 Dollar zu 4.2 Goldmark berechnet), die größte bisher in einem Jahre erreichte Einfuhrmenge. Hierzu führen aus Deutschland und Österreich-Ungarn eine höhere Abrechnung (höchste Kohle) erfolgte. (Am den ersten vier Monaten dieses Jahres wurden für 2 Milliarden Mark englische Kohle eingeführt.)

\* Annahme der Goldfahrt in die Vereinigten Staaten. Die

Einfuhr von Gold in die Vereinigten Staaten hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Nach den amtlichen Mitteilungen des "Federal Reserve Bulletin" belief sich die Nettoeinfuhr i. J. 1921 auf 2.81 gegen 1.75 Milliarden Goldmark 1920 (1 Dollar zu 4.2 Goldmark berechnet), die größte bisher in einem Jahre erreichte Einfuhrmenge. Hierzu führen aus Deutschland und Österreich-Ungarn eine höhere Abrechnung (höchste Kohle) erfolgte. (Am den ersten vier Monaten dieses Jahres wurden für 2 Milliarden Mark englische Kohle eingeführt.)

\* Annahme der Goldfahrt in die Vereinigten Staaten. Die

Einfuhr von Gold in die Vereinigten Staaten hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Nach den amtlichen Mitteilungen des "Federal Reserve Bulletin" belief sich die Netto



